

Bei uns in **NRW**

Ausgabe 01/2016
www.cdu.nrw
Einzelpreis 2,50 €

*Das Magazin der
CDU Nordrhein-Westfalen*

INNERE SICHERHEIT *Wie sicher ist Nordrhein-Westfalen?*



S. 06

*Laschet trifft... die
Polizeipräsidentin
Birgitta Rademacher*



S. 13

*28. Bundesparteitag
in Karlsruhe*

Opfer stehen nicht allein.

Der WEISSE RING kann auf vielfältige Weise helfen. Die persönliche Betreuung nach der Straftat und Hilfestellungen im Umgang mit den Behörden sind nur ein Aspekt unserer Hilfen für Betroffene.

Wer Opfer einer Straftat geworden ist, hat oft mit Kleinigkeiten des täglichen Lebens zu kämpfen, die plötzlich zu großen Problemen werden können. Hier leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WEISSEN RINGS in 420 Außenstellen bundesweit, schnelle und unbürokratische Hilfe dann, wenn sie am nötigsten ist.



116 006

Bundesweites Opfer-Telefon

WEISSER RING

Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoptionen und zur Verhütung von Straftaten e. V., Mainz
Bundesweit 420 Außenstellen

Bundesgeschäftsstelle:
Weberstraße 16, 55130 Mainz
Telefon 0 61 31 / 8 30 30, Fax 0 61 31 / 83 03 45
Internet: www.weisser-ring.de
E-Mail: info@weisser-ring.de
Bundesweit 420 Außenstellen

Spendenkonto 34 34 34
Deutsche Bank Mainz (BLZ 550 700 40)



WEISSER RING

Wir helfen Kriminalitätsoptionen.

www.weisser-ring.de



Liebe Leserinnen und Leser,

ein ereignisreiches und nicht selten anstrengendes Jahr 2015 liegt hinter uns. Die Terroranschläge zu Beginn und am Ende des Jahres in Paris, die Ukraine-Krise, die Griechenland- und Euro-Krise und allen voran die Flüchtlingskrise haben uns extrem gefordert. Allen, die durch ihr unermüdliches Engagement einen Beitrag dazu leisten, diese Herausforderungen zu meistern, gilt unser aller herzlicher Dank.

Auch das Jahr 2016 hat turbulent begonnen. Nicht nur bei der Wirtschaftspolitik, der Infrastruktur und der Bildung, sondern auch bei der Inneren Sicherheit ist Nordrhein-Westfalen Schlusslicht. Die widerwärtigen Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und anderen Orten haben uns schockiert. Wir lassen nicht zu, dass Menschen, die sich in den Schutz unseres Rechtsstaats begeben, anschließend unsere Werte und Gesetze verletzen. Wer sich so verhält, verwirkt sein Gastrecht und muss des Landes verwiesen werden. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es durch eine schlechte personelle wie technische Ausstattung der Polizei in Nordrhein-Westfalen nicht gelingt, überall die Einhaltung von Recht und Gesetz effektiv durchzusetzen. Das Versagen der rot-grünen Landesregierung und das Abtauchen von Frau

Kraft beunruhigen die Bürgerinnen und Bürger in einer Zeit, in der wir vor großen Herausforderungen stehen. Mit der Frage, wie die Innere Sicherheit verbessert werden kann, befassen wir uns in diesem Heft.

Wir Christdemokraten lassen nicht zu, dass hunderttausende Schutzsuchende durch das abscheuliche Verhalten einiger in Misskredit gebracht werden.

Wir Christdemokraten stehen bereit. Wir haben Ideen und Konzepte. Wir wissen, welche Prioritäten in diesen Zeiten gesetzt werden müssen. Deshalb arbeiten wir auch in diesem Jahr für einen neuen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen. Ich lade Sie herzlich ein, aktiv an diesem Ziel mitzuarbeiten.

Zunächst aber wünsche ich Ihnen und Ihren Familien frohe und gesegnete Ostertage.

Herzliche Grüße

Wolfgang Kerber

Inhalt



Laschet trifft

6 Polizeipräsidentin Birgitta Radermacher

Topthema

10 Wie sicher ist Nordrhein-Westfalen?
Daten, Fakten, Informationen

CDU in NRW

- 13 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Karlsruhe
- 14 Neujahrsempfang in Düsseldorf
- 15 15. Politischer Aschermittwoch in Kirchveischede
- 16 Starke ländliche Räume für ein starkes Nordrhein-Westfalen

Denkanstoß

18 Gastbeiträge von Roswitha Müller-Piepenkötter und Axel Voss MdEP zu Aspekten von Sicherheit

Im Visier

22 Augen zu und durch – Wie sich die SPD der Realität verweigert

Rubriken

- 1 Editorial
- 2 Impressum
- 3 Meldungen
- 20 12 Fragen an Marliese Berthmann
- 21 12 Fragen an Steffen Kampeter
- 24 Schlusslicht: Löttgens Lupe

Zwischen den Seiten 12 und 13 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu.nrw

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Bodo Löttgen

Bild- und Textredaktion, Satz:
Beate Müller-van Ißem

Autoren:
Stephanie Feck, Isabelle Fischer,
Beate Müller-van Ißem, Ferdinand
Schmitz, Stephan Terhorst, Britta Weiss

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 13600 – 0
Fax: 0211 13600 – 15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

Layout:
Designbüdchen
Inh. Patrick Dahm
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath
Tel.: 0160 94741537
info@designbuedchen.com
www.designbuedchen.com

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild: istockphoto.com

Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)

Thomas Sternberg neuer ZdK-Präsident



Der Münsteraner Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg ist von der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) Ende November 2015 in Bonn-Bad Godesberg zum neuen Präsidenten gewählt worden. Mit 110 von 190 abgegebenen Stimmen setzte sich der Direktor des Franz-Hitze-Hauses gegen

Dr. Maria Flachsbarth, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium, durch.

Sternberg tritt die Nachfolge von Alois Glück an, der sechs Jahre lang die Geschicke des ZdK gelenkt hat. Glück habe bewiesen, dass das ZdK für die Entwicklung der Kirche „eine ganz wesentliche Bedeutung“ habe, betonte Sternberg. „Ich werde den von Alois Glück beschrittenen Weg mit Freude, Dankbarkeit und Stolz weitergehen und mich dafür einsetzen, dass der Dialogprozess zwischen Bischöfen und Laien weitergeführt wird.“

Thomas Sternberg studierte nach einer Bäckerlehre Germanistik, Kunstgeschichte und Theologie in Münster, Rom und Bonn, promovierte 1983 in Germanistik und 1988 in Alter Kirchengeschichte. 1988 wurde er Direktor der Katholisch-Sozialen Akademie Franz-Hitze-Haus in Münster. Seit 2001 ist er Honorarprofessor für Kunst und Liturgie an der Universität Münster. Der verheiratete Vater von fünf Kindern ist seit 2005 Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags. ■

EAK-Bundesvorsitzender in höchstes EKD-Gremium gewählt

Thomas Rachel im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland



Bei den Wahlen zum Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am 10. November 2015 in Bremen ist der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK), Thomas Rachel MdB, in das höchste Gremium der EKD gewählt worden.

Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung ist der erste EAK-Bundesvorsitzende im Rat der EKD seit der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises im Jahre 1952 durch Bundestagspräsident Hermann Ehlers, der selbst auch einer der Mitbegründer der EKD gewesen ist.

Der Dürener Bundestagsabgeordnete bezeichnete es als „große Ehre und Freude“, nun im höchsten Leitungsgremium der Evangelischen Kirche mitentscheiden zu können. In seiner Bewerbungsrede hatte Rachel, der im Juni 2015 zum siebten Mal als EAK-Bundesvorsitzender wiedergewählt wurde, betont, die besondere Kraft, Stärke und Lebendigkeit des evangelischen Weges liege darin, auch aus unterschiedlichen Perspektiven heraus in geschwisterlichem Geiste um die besten Antworten zu ringen. ■

Foto links: ZdK/Malzkorn | Foto rechts: Ossenbrink

GEMACHT, UM ALLES ANDERE IN DEN SCHATTEN ZU STELLEN.

ZENTIS
seit 1893
Sonnen Früchte
ERDBEERE

ZENTIS

Generalsekretär im Kölner Karneval unterwegs

„Verrücktes C“ 2016 geht an Bodo Löttgen

Als 73. Ordensträger hat die CDU Köln auf ihrer Kostümsitzung Anfang Januar dieses Jahres den Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen, Bodo Löttgen, mit dem „Verrückten C“ ausgezeichnet. „Bodo Löttgen ist ein Freund des Karnevals, der sich darum bemüht, den politischen Diskurs in pointierter und ‚gewürzter‘ Rede zu führen. Dabei setzt er – im übertragenen Sinne – nicht nur den Säbel ein, sondern ist es auch gewohnt, das ‚sprachliche‘ Florett zu verwenden, um so als General seine

Truppen anzuführen“, begründete der Kölner Kreisvorsitzende Bernd Petelkau die Auszeichnung mit dem höchsten Karnevalsorden der Kölner CDU. Besonders hervorgehoben wurde Löttgens Aschermittwochsrede des Vorjahres: Als „Meister des geschliffenen Wortes“ habe er sich in bester Tradition des literarischen Karnevals die Politik der rot-grünen NRW-Landesregierung nach dem Motto „Mit einer Stimme schallts im Chor: der Schuss, der ging aufs eigene Tor!“ vorgeknöpft. ■



Der Kölner CDU-Vorsitzende Bernd Petelkau (l.) und Sitzungspräsident Werner Passmann (r.) überreichen Generalsekretär Bodo Löttgen (m.) das „Verrückte C“, den höchsten Karnevalsorden der CDU Köln.

Wechsel an der Spitze des Evangelischen Arbeitskreises Nordrhein-Westfalen

Henning Aretz neuer EAK-Landesvorsitzender



Die 25.000 Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Nordrhein-Westfalen haben seit November 2015 einen neuen Landesvorsitzenden. Als Nachfolger des Siegener Bundestagsabgeordneten Volkmar Klein, der nach elf Jahren im Amt nicht wieder zur Wahl antrat, wählte die EAK-Landesdelegiertenversammlung in Herford mit einer Zustimmung von 97,1

Prozent den Juristen Henning Aretz aus Essen. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Kölner Bundestagsabgeordnete Karsten Möring gewählt. Weitere Stellvertreter sind

Pfarrer Dirk Gogarn (Meinerzhagen), Margarete Iversen (Kürten), Elke Janura (Bochum) und Prof. Dr. Jürgen Plöhn (Neuss). Friedhelm Eickmann aus Löhne komplettiert als Schriftführer den geschäftsführenden Landesvorstand.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) ist der Zusammenschluss aller evangelischen Unionsmitglieder, die wegen ihres Glaubens und seiner Grundlagen in den Unionsparteien einen Beitrag zu einer vor Gott und den Menschen verantworteten Politik leisten wollen. Der EAK, der eine Sonderorganisation ist und auch Delegierte zum Landesparteitag entsendet, versteht sich als wichtige Brücke zwischen Partei, Kirche und Gesellschaft. ■

AUS DEN VEREINIGUNGEN



Foto: JU NRW

Politik im BarCamp-Format

Junge Union diskutiert im „WinterCamp 2016“

Auf der Tagesordnung stand zunächst überhaupt nichts beim JU WinterCamp 2016 – dem ersten BarCamp in der Geschichte der Jungen Union Nordrhein-Westfalen, das Anfang Januar in Iserlohn stattfand. Wie bei dem Veranstaltungsformat „BarCamp“ üblich, füllten die rund 40 Teilnehmer den Programmplan schnell mit eigenen Vorschlägen – für Diskussionsrunden, Vorträge und Workshops.

Der inhaltliche Schwerpunkt lag dabei vor allem auf der Flüchtlingspolitik. Aber auch zum Frauenbild in Deutschland und anderen Kulturen, den Kommunalfinzen oder der Bildungspolitik wurde intensiv diskutiert. Und zwar frei Schnauze und in Eigenregie – einzig Raum und Zeit setzten der Kreativität Grenzen. Nach zwei Tagen in der Unternehmehochschule „BiTS“ in Iserlohn waren die Teilnehmer zufrieden und einhellig der Meinung, dass das „JU WinterCamp“ unbedingt eine Fortsetzung braucht. ■



CDU-Sozialausschüsse

Volles Haus beim CDA-Neujahrsempfang in Bielefeld Klare Reden für Toleranz, Hilfsbereitschaft und Demokratie

Wie bereits in den Vorjahren war auch der 20. Neujahrsempfang von CDA Nordrhein-Westfalen und CDA Ostwestfalen-Lippe so gut besucht, dass die Sitzplätze kaum für alle Interessierten ausreichten. Sichtlich zufrieden darüber waren die heimische CDA-Bezirksvorsitzende Angelika Gemkow und der CDA-Landesvorsitzende Dr. Ralf Brauk siepe: „Das ist ein toller Start in ein nicht einfaches Jahr.“ Insgesamt konnten 300 Gäste, darunter zahlreiche Vertreter aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik, aus den Sozialverbänden, den Gewerkschaften und dem kirchlichen Bereich, im „Haus der Kirche“ in Bielefeld begrüßt werden.

Hauptredner war in diesem Jahr Staatssekretär und CDA-Bundvorsitzender Karl-Josef Laumann. In der aktuellen Flüchtlingssituation bat er weiter darum, Verantwort-



Foto: CDA NRW

Gastredner Karl-Josef Laumann, Staatssekretär und CDA-Bundvorsitzender, freute sich über zwei Neumitglieder auf dem Neujahrsempfang in Bielefeld

ung zu übernehmen. „Denn einer Behörde allein wird die Integration der Flüchtlinge nicht gelingen. Sie, die Sie auch hier zusammen gekommen sind, Sie alle zusammen geben Deutschland ein Gesicht. Und so wird das klappen!“ Laumann verband dies mit einem Dank an alle Ehrenamtlichen, verwies auch auf die guten Strukturen, die in Deutschland vorhanden wären. Hauptamtliche in Behörden und Hilfsorganisationen planten und koordinierten, „eine Umsetzung gelingt aber auch oft nur mit der Unterstützung vieler freiwilliger Hände!“ ■



Laschet trifft...

...Polizeipräsidentin Birgitta Radermacher

Seit 2010 ist Birgitta Radermacher Polizeipräsidentin im Bergischen Städtedreieck und damit Chefin von 1.640 Polizistinnen und Polizisten. Lange Jahre engagierte sich die Juristin für die CDU im Kölner Stadtrat. Armin Laschet hat Birgitta

Radermacher in seinem Büro empfangen, um mit ihr über die Geschehnisse in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof zu sprechen und die Frage zu erörtern, wie die Innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen verbessert werden kann.



Nach den Geschehnissen in der Silvesternacht in Köln haben viele Menschen das Vertrauen in die Polizei verloren. Wie kann dieses Vertrauen zurückgewonnen werden?

Ich bin überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor großes Vertrauen in den einzelnen Polizisten vor Ort haben. Die Menschen fragen sich eher, ob die Polizei, Justiz und Politik insgesamt gut genug aufgestellt sind.

Aber es ist ja schon so, dass der Respekt gegenüber der Polizei abgenommen hat.

Ja, leider. Uniform allein verschafft den Beamtinnen und Beamten heute keinen Respekt mehr. Das gilt nicht nur für die Polizei, sondern auch für Feuerwehr und Rettungskräfte. Diese Entwicklung ist besorgniserregend.

Was kann die Politik dagegen tun?

Wichtig ist vor allem, dass die Sicherheitskräfte das Gefühl haben: Die Politik steht hinter uns. Wünschenswert wäre oftmals auch, einen härteren, klareren Ton anschlagen und nachhaltig durchgreifen zu können, ohne gleich mit dem Begriff „Polizeigewalt“ konfrontiert zu werden. Für mich gibt es einen gravierenden Unterschied zum Begriff „polizeilicher Gewalt“. Einige der Kölner Täter haben wohl zu den Polizisten gesagt „Was wollt ihr denn? Ihr könnt uns gar nichts!“ und das macht wütend und in gewisser Weise hilflos. Wenn das Schwert stumpf scheint, können sich die Polizisten keinen Respekt verschaffen.

Wie kann man das Schwert der Polizei schärfen?

Die rechtlichen Mittel und Möglichkeiten reichen sicher aus. Sie voll und ganz auszuschöpfen, beispielsweise bei Inge-
wahrsamnahmen und Haftstrafen, z.B. durch eine verbesserte

Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, könnte helfen. Heute ist es oftmals so, dass ein Ladendieb morgens gefasst wird, der Haftrichter ihn nachmittags laufen lässt und die Polizei ihn am nächsten Tag wieder aufgreift. Das frustriert die Polizistinnen und Polizisten. Bei Großdemonstrationslagen kann es sogar vorkommen, dass in Gewahrsam genommene Demonstranten besser versorgt werden als die Beamten.

Denken Sie, dass sogenannte Body-Cams – also kleine Kameras, die auf der Schulter von Polizisten angebracht sind – den Beamten mehr Respekt verschaffen würden?

Einen Versuch ist es auf jeden Fall wert. Unabhängig von dieser Frage würde ich mir wünschen, dass wir grundsätzlich mehr Möglichkeiten für

den Einsatz von Videokameras bekommen und bereits bei abstrakter Gefahr filmen dürften. Zurzeit ist es so, dass z.B. bei Versammlungen nur bei konkreter Gefahr gefilmt werden darf. Das schränkt die Beweiserhebung erheblich ein.

In Teilen unseres Landes haben sich sogenannte „No-Go-Areas“ entwickelt, in die sich selbst die Polizei nicht mehr hineintraut. Wie kann die Polizei dem entgegenwirken?

Absolute „No-Go-Areas“, in die sich die Polizei nicht hineintraut, gibt es meines Wissens nach nicht. Es gibt aber Örtlichkeiten, in die ich keinen einzelnen Streifenwagen schi-

“ **Wichtig ist vor allem, dass die Sicherheitskräfte das Gefühl haben: Die Politik steht hinter uns.** “

cke, sondern immer zwei oder drei. Jeder kennt solche Problemviertel in seiner Stadt. Dieser Ghettoisierung mit all den damit verbundenen Problemen kann nur gesamtgesellschaftlich entgegengewirkt werden.

Dass Menschen gleicher ethnischer und sozialer Herkunft in einem Viertel zusammenleben, macht dies ja nicht gleich zu einer „No-Go-Area“. Wenn aber in Teilen von Gelsenkirchen Familienclans das Sagen haben und die Polizei sogar mit dem organisierten Verbrechen verhandelt, ist eindeutig eine Schwelle überschritten.

Rechtsfreie Räume darf es nicht geben; unter Umständen ist hier die polizeiliche Präsenz deutlich zu erhöhen. Wenn wir das Gewaltmonopol des Staates ernst nehmen, dann muss die Polizei in der Ausübung dieser – gesetzlich fixierten und begrenzten – Gewalt auch agieren können.

” **Wer sich nicht an unsere Regeln hält, muss das Land wieder verlassen.** “

Finden Sie es richtig, dass Abschiebungen von Asylbewerbern schon bei kleineren Straftaten erfolgen sollen?

Das ist absolut richtig. Wer unser Gastrecht in Anspruch nimmt muss unser Grundgesetz akzeptieren und zumindest einen Verfassungspatriotismus entwickeln. Wer sich nicht an unsere Regeln hält, muss das Land wieder verlassen.

In Wuppertal ist im vergangenen Jahr die sogenannte Sharia-Polizei unterwegs gewesen. Viele Menschen hat dies beunruhigt. Ist die Sorge begründet?

Sieben Männer mit gelben Warnwesten mit der Aufschrift „Sharia-Police“ sind durch die Stadt gelaufen, haben junge Leute angesprochen und sich dabei gefilmt. Wir haben die Personalien festgestellt und die Westen eingezogen. Strafrechtlich war an diesem Auftritt kaum etwas dran, gleichwohl war die Bevölkerung beunruhigt und froh über unser Einschreiten. Seither sind diese Männer aber nicht wieder auffällig geworden.

Neben der strafrechtlichen Bewertung stand ich damals auch vor der Frage, ob ich den Vorgang öffentlich mache; ob ich also dieser „Sharia-Police“ ein „Forum“ biete oder nicht. Anzeigen lagen nicht vor; nur die Darstellung in Facebook. Ich habe mich dafür entschieden, weil Transparenz in der Polizeiarbeit wichtig ist. Das Ganze wurde dann durch die Medien größer gemacht, als es (strafrechtlich) war.

Nordrhein-Westfalen belegt bei der Aufklärung von Straftaten mit einer Quote von 49,8 Prozent den letzten Platz. Woran liegt es und können wir besser werden?

Die Lage ist in Nordrhein-Westfalen insofern besonders, da wir eine hohe Dichte an Großstädten und ein enges Autobahnnetz haben. Dadurch ist es Kriminellen leichter, schnell zu agieren und zu verschwinden.

Aber es gibt durchaus Möglichkeiten, die Aufklärung von Straftaten zu verbessern. Taschendiebstähle ließen sich möglicherweise durch mehr Videoüberwachung auf Plätzen und in den Innenstädten besser aufklären. Manche Straftaten ließen sich leichter verfolgen, wenn wir mehr Möglichkeiten zur Datenspeicherung hätten. Allerdings bedürfte es dann auch mehr Polizistinnen und Polizisten zur Auswertung. Besser werden können wir immer.

Könnte man nicht Kommissare von bürokratischem Aufwand und solchen Aufgaben entlasten, die genauso gut auch von jemand anderen übernommen werden könnten – etwa Geschwindigkeitskontrollen oder Begleitung von Schwertransporten?

Polizei könnte durch Polizeiverwaltungsassistenten von einiger Büroarbeit entlastet werden und damit mehr Zeit für operative Tätigkeiten haben. Auch sind einige Kräfte in nicht-operativen Bereichen gebunden. Geschwindigkeitskontrollen etwa könnten die Städte mehr übernehmen und auch beim Objektschutz könnte Polizei Unterstützung erfahren.

Ein großes Problem ist die grenzüberschreitende Kriminalität. Nordrhein-Westfalen ist neben Bremen das einzige Bundesland, das keine Schleierfahndung – also verdachtsunabhängige Kontrollen – kennt. Könnte man durch Einführung der Schleierfahndung die grenzüberschreitende Kriminalität stärker ins Visier zu nehmen?

Kriminalität macht weder an den Landesgrenzen noch an der Bundesgrenze halt. Inwieweit die Möglichkeit der „Schleierfahndung“ ein hilfreiches Instrument ist, wäre zu prüfen. Zielführend wäre für mich ein schnellerer und offenerer Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden des Landes und des Bundes und auch der Sicherheitsbehörden jenseits der Landesgrenzen.

Liebe Frau Radermacher, vielen Dank für das Gespräch! ■





Wie sicher ist Nordrhein-Westfalen?

Daten, Fakten, Informationen

Wohnungseinbrüche, Ladendiebstähle, Überfälle, aber auch Gewalttaten gegen Einsatzkräfte sorgen bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen für ein Unsicherheitsgefühl. Wenn die Bürgerinnen und Bürger sich zu Hause, auf Straßen oder Plätzen, in Bussen oder Bahnen, bei Tag oder Nacht nicht mehr sicher fühlen, ist das auch eine Bedrohung für unsere Freiheit. Denn Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit, für ein friedliches Miteinander und das Vertrauen in den Staat. Nur wenn die Menschen das Gefühl von Sicherheit in ihrem Alltag verspüren, ist auch die Lebensqualität dementsprechend. Nur derjenige kann wirklich frei leben und sich entfalten, der ohne Angst vor Bedrohungen oder Beeinträchtigungen durch andere ist.

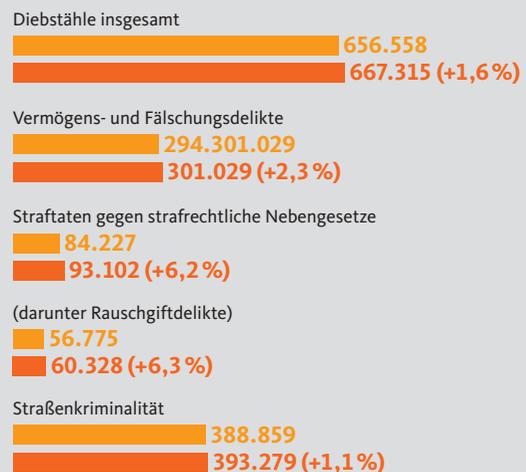
Zuständig für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und damit für ein in Freiheit selbstbestimmtes Leben sind die jeweiligen Landesregierungen. Nur wenige Politikfelder genießen einen derart hohen Stellenwert bei der politischen Entscheidungskompetenz auf Landesebene. Es ist somit die explizite Aufgabe der Landesregierung, für Sicherheit und Ordnung im Land zu sorgen.

Angesichts der Ereignisse in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof und der steigenden Kriminalität stellt sich die Frage: Wie sicher ist Nordrhein-Westfalen? Wie ist es um das Sicherheitsgefühl der Menschen in Nordrhein-Westfalen bestellt?

Gesamtkriminalität nimmt zu

Die Straftaten haben 2014 im Vergleich zu 2013 in Nordrhein-Westfalen insgesamt zugenommen. 2013 gab es noch 1.484.943 Straftaten. 2014 waren es bereits 1.501.125. Das ist eine Zunahme um 1,1 Prozent. Das waren aber auch eine Viertelmillion Straftaten mehr als in Bayern und Baden-Württemberg zusammen – obwohl in beiden Ländern insgesamt 5,7 Millionen Menschen mehr leben als in Nordrhein-Westfalen. Auch in anderen Bereichen stieg die Zahl der Straftaten an.

■ 2013 ■ 2014

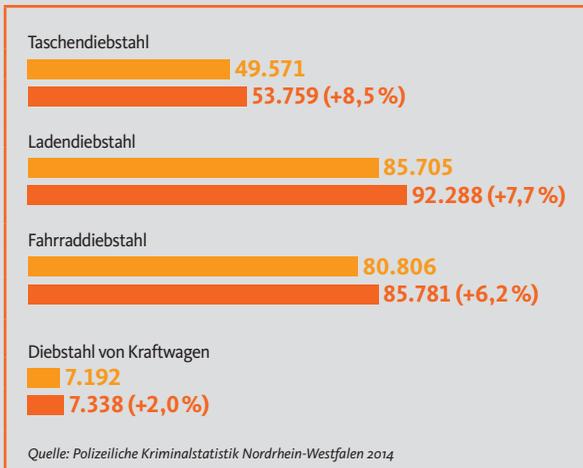


Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen 2014

Diebstähle nehmen zu

Besonders die Zahl von Taschendiebstählen nahm in den letzten Jahren zu – von 2013 zu 2014 um mehr als acht Prozent. Dabei werden nur 5,9 Prozent der Fälle, also etwa jeder 17., von der Polizei aufgeklärt. Mit ein Grund: In vielen Fällen erkennen die Opfer den Verlust erst geraume Zeit nach dem Diebstahl.

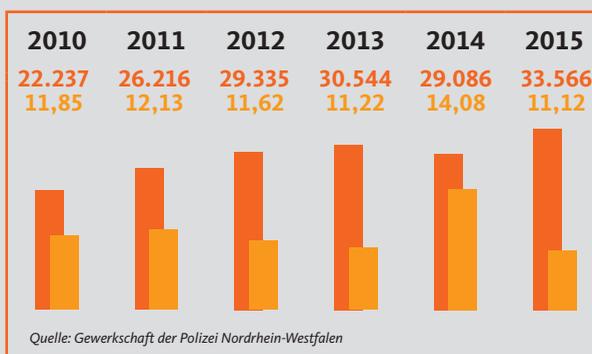
2013 2014



Wohnungen werden häufiger Ziel von Einbrechern

Zu Hause fühlen sich die Menschen immer noch am sichersten. Doch dieses Sicherheitsgefühl schwindet mit Blick auf die Entwicklung der Wohnungseinbrüche zwischen 2010 und 2015. In diesem Zeitraum stieg die Zahl der Wohnungseinbrüche um 11.329. Gleichzeitig sank die Aufklärungsquote von 11,85 Prozent auf 11,12 Prozent.

Einbrüche Aufklärungsquote in Prozent



Sicherheitsempfinden in öffentlichen Verkehrsmitteln schwindet

Das Sicherheitsgefühl der Menschen in Nordrhein-Westfalen ist erschüttert. So fühlen sie sich beispielsweise in öffentlichen Verkehrsmitteln im Ländervergleich sehr unsicher. Nur die Bürgerinnen und Bürger im Saarland fühlen sich noch unsicherer. Wie so oft ist Bayern auch hier Spitzenreiter. Dort fühlen sich die Menschen am sichersten, wenn sie Bus und Bahn nutzen.

Quelle: Forsa-Studie

Platz	Bundesland	Sicherheitsempfinden (100= höchste Sicherheit)
1	Bayern	96
2	Hessen	96
3	Bremen	95
4	Sachsen	95
5	Baden-Württemberg	94
6	Sachsen-Anhalt	93
7	Meckl.-Vorpommern	92
8	Hamburg	92
9	Niedersachsen	92
10	Rheinland-Pfalz	92
11	Brandenburg	92
12	Thüringen	91
13	Berlin	89
14	Schleswig-Holstein	88
15	Nordrhein-Westfalen	88
16	Saarland	87

Gewalttaten gegen Einsatzkräfte steigen an

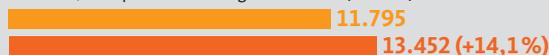
Die Gewalt gegenüber Polizeibeamten und Einsatzkräften in Nordrhein-Westfalen wächst stetig. Alle 66 Minuten wird ein Polizeibeamter oder eine Polizeibeamtin im Einsatz Opfer eines Gewaltdelikts. Die Zahl der erfassten Fälle stieg zwischen 2013 und 2014 um 11,5 Prozent. Doch auch Einsatzkräfte der Feuerwehr, der medizinischen Notfallversorgung oder des Technischen Hilfswerks werden regelmäßig Opfer von Übergriffen.

■ 2013 ■ 2014

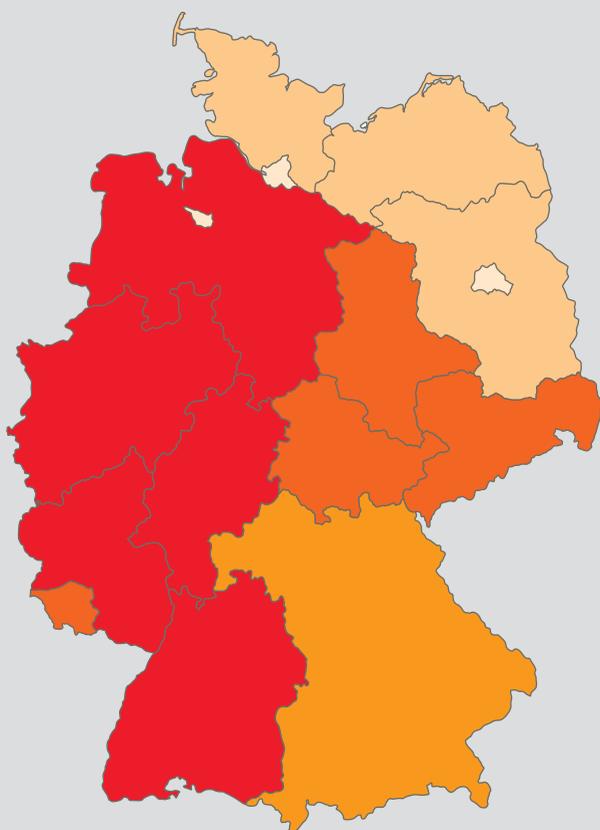
Gewalt gegen Polizeibeamte (in Fällen)



Polizisten, die Opfer von Gewalt geworden sind (in Fällen)



Quelle: Gewerkschaft der Polizei Nordrhein-Westfalen



Nordrhein-Westfalen bringt die wenigsten Polizisten auf die Straße

Nordrhein-Westfalen hat die wenigsten Polizeibeamten aller Flächenländer – und das, obwohl die Kriminalität im Land immer weiter ansteigt. Nordrhein-Westfalen ist in diesem bundesweiten Vergleich wieder einmal Schlusslicht.

In einem statistischen Vergleich, der sich auf eine Umfrage der Rheinischen Post unter den Innenministern der Bundesländer beruft, weist Nordrhein-Westfalen faktisch die wenigsten Polizisten pro 100.000 Einwohner von allen Flächenländern auf. Nordrhein-Westfalen liegt zwar in der angegebenen Statistik mit 228 Polizisten pro 100.000 Einwohner noch vor Rheinland-Pfalz mit 224 Polizisten pro 100.000 Einwohner, Baden-Württemberg (225) und (226), doch nur in Nordrhein-Westfalen werden auch die Verwaltungsmitarbeiter eingerechnet.



Quelle: Statista.de

unter dem Strich...

... ist Nordrhein-Westfalen Schlusslicht! Die Sicherheitslage wird immer bedrohlicher. Zunehmende Kriminalität, steigende Einbruchszahlen und mehr Gewalttaten gegenüber Einsatzkräften sind Ausdruck einer verfehlten Sicherheitspolitik der rot-grünen Landesregierung. Dass sich die Menschen nicht nur in öffentlichen Verkehrsmitteln, sondern auch in

anderen Bereichen nicht mehr sicher fühlen, verdeutlicht auch die Tatsache, dass, setzt man die Fallzahlen ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl, das Risiko, in Nordrhein-Westfalen Opfer einer Straftat zu werden, rund anderthalbmal so hoch ist wie in Baden-Württemberg und rund 1,7-mal so hoch wie in Bayern.



Während tausende ausgelassen den Jahreswechsel feierten, spielten sich im Schatten des Doms erschreckende Szenen ab.

SILVESTER 2015

Wie „Köln“ den Landtag in Atem hielt

Einigen guten Start in das neue Jahr – das wünschen sich Familien und Freunde traditionell zum Jahreswechsel. Der Morgen des Neujahrstags 2016 wurde für hunderte Frauen am Kölner Hauptbahnhof und in anderen Großstädten wie Düsseldorf oder Bielefeld jedoch zu einem reinen Albtraum.

Die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht und die neue Qualität der Gewalttaten bewegten dabei nicht nur die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen und Deutschland. Sie wurden weltweit zum Thema. Wie konnte es soweit kommen? Wer trägt dafür die Verantwortung? Wie kann so etwas in Zukunft verhindert werden?

Bei der Aufklärung dieser Fragen stand und steht vor allem der nordrhein-westfälische Landtag im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Über drei Wochen lang hielten die Er-

eignisse das Landesparlament in Atem, eine Gremiensondersitzung folgte der nächsten, verbunden mit zahlreichen Statements, Berichten und parlamentarischen Initiativen. Erst auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion kam es zu Sondersitzungen des Innenausschusses und des Landtagsplenums, in denen sich der verantwortliche Innenminister und die Ministerpräsidentin zu ersten Stellungnahmen zum Sachverhalt genötigt sahen.

Nun soll ein von CDU und FDP gemeinsam beantragter Parlamentarischer Untersuchungsausschuss die Vorgänge am Silvesterabend aufklären, die politischen Verantwortlichkeiten offenlegen und die Ursachen für das Versagen der Sicherheitsbehörden und ihre irreführende Öffentlichkeitsarbeit zu Tage fördern. Der Ausschuss hat seine Arbeit umgehend aufgenommen. Mit ersten Ergebnissen der Ausschussarbeit wird im Sommer 2016 gerechnet.

LANDTAG aktuell: Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

SILVESTERNACHT 2015 UND DIE FOLGEN

Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat zurück- gewinnen

Die Chiffre „Silvesternacht in Köln“ steht mittlerweile für hunderte weibliche Opfer sexueller Gewalt und ein beispielloses Versagen bei der Inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Die Domplatte und der Kölner Hauptbahnhof wurden in jener Nacht zu einem rechtsfreien Raum: Frauen sahen sich über Stunden hinweg organisierten Attacken von Männergruppen ausgesetzt. Die anwesenden Polizisten vermochten es angesichts ihrer viel zu niedrigen Personalstärke gleichzeitig nicht, das Gewaltmonopol des Staates durchzusetzen. Viele Straftaten blieben von den Beamten unbemerkt, zahlreiche Hilfeersuchen von Opfern sollen aufgrund der Überlastung der Polizei ignoriert worden sein. Dass die Kölner Polizeiführung den Einsatz danach zunächst als gelungen bezeichnete, das Ausmaß der Gewalttaten relativierte und zudem bewusst Informationen über mögliche Tatverdächtige zurückhielt, sorgte für erhebliche Verunsicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat, seine Institutionen und die Politik der Landesregierung hat durch diese Vorgänge spürbar gelitten. Was in Köln zum Jahreswechsel und in den Tagen danach passierte, hätte nicht passieren dürfen.

Keine Aufklärung ohne die Opposition

Die CDU hat im Rahmen der Aufklärung der Geschehnisse als größte aller Oppositionsfraktionen ihre Kontrollfunktion gegenüber der Landesregierung vom ersten Tag an intensiv und mit allergrößtem Nachdruck wahrgenommen. So beantragte die CDU am 5. Januar eine Sondersitzung des Innenausschusses und einen ausführlichen Bericht des Innenministers zu den Vorfällen. Zugleich forderte die CDU-Fraktion Minister Jäger dazu auf, für einen Wechsel an der Spitze des Kölner Polizeipräsidiums zu sorgen, was

dieser kurze Zeit später auch tun sollte. Am 8. Januar beantragte die Fraktion zudem einen Sonder-Tagesordnungspunkt und einen Bericht des Innenministers im Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation des Landtags. Nachdem der Bericht des Innenministers im Innenausschuss mehr Fragen als Antworten hervorgebracht hatte und sich die Ministerpräsidentin zu den Vorgängen weiterhin in Schweigen hüllte, setzte die CDU-Fraktion eine Sondersitzung des Landtags durch, in der sich die Landesregierung zu den Vorfällen erklären sollte. Auch diese Chance, die politische Verantwortung für „Köln“ zu übernehmen und Licht ins Dunkel zu bringen, ließen die Ministerpräsidentin und ihr Innenminister verstreichen. Ganz im Gegenteil ergaben sich nur noch mehr Fragen zur Rolle des Innenministeriums bei der offensichtlich verfehlten Einsatzplanung und zur Informationspolitik der Landesregierung in den Tagen nach Neujahr.

„System Jäger“ wurde einmal mehr sichtbar

Denn im Umgang der Landesregierung mit den Übergriffen von Köln wurde einmal mehr das „System Jäger“ offensichtlich, mit dem der Innenminister schon bei anderen Skandalen seiner Amtszeit wie etwa den HoGeSa-Krawallen von 2014 versucht hat, von eigenen Fehlern abzulenken. Erster Schritt: der Minister gibt



Dieses Bild ging um die Welt. Doch was passierte wirklich in der tragischen Nacht?



Christian Lindner (FDP) und Armin Laschet kündigen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses an.

sich ahnungslos. Nach seinen Aussagen waren die Gewalttaten von Köln „nicht vorhersehbar“. Daran bestehen begründete Zweifel, schließlich hatte das Polizeipräsidium in Köln im Vorfeld der Einsatzplanung eine erhebliche Verstärkung des Personals beim Innenministerium angefordert, die aber nicht gewährt wurde. Auch die Tatsache, dass die Landesregierung schon lange vor dem Jahreswechsel durch verschiedene interne Analyseprojekte über Erkenntnisse zu nordafrikanischen Straftätern verfügte, lässt in diesem Zusammenhang aufhorchen. Zweiter Schritt: Jäger inszeniert sich als Aufklärer. Sein Ministerium habe „nichts zu verbergen“ und treibe die Aufklärung in diesem Fall voran. Seine Auftritte vor den Gremien des Landtags nutzte er allerdings nicht, um seine Rolle transparent und widerspruchsfrei zu beschreiben. Selbst sein eigener Abteilungsleiter widersprach Jägers Aussage, wonach die Dimension der schon an Neujahr bekannten Taten erst Tage nach Silvester offenbar geworden sei. Dritter Schritt: Jäger schreibt der eigenen Politik in Sachen Innerer Sicherheit bar jeder Realität eine Vorbildrolle für andere Länder zu. Er sagt, seine Aufgabe sei es deshalb, offen „Fehler zu benennen“. Warum benennt der Innenminister dann aber nur Fehler bei anderen Stellen? Für ihn, den Dienstherrn aller Landespolizisten, ist alleine die Kölner Polizei schuld an dem Desaster der Kölner Silvesternacht. Eine eigene, politische Verantwortung lehnt der Minister ab. Das ist alles andere als vorbildlich.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss muss Aufklärung bringen

Das Verhalten Jägers und der Ministerpräsidentin hat einmal mehr die Unfähigkeit der

Landesregierung zur Schau gestellt, auch die offensichtlichsten Fehlentwicklungen in der Sicherheitslage Nordrhein-Westfalens zu erkennen. Jägers Rolle bei der Relativierung und Verschleierung der Taten hat zudem den Eindruck verfestigt, dass weder dem Parlament noch der Öffentlichkeit die ganze Wahrheit gesagt wurde. Vor diesem Hintergrund stand für die CDU-Fraktion fest, dass nur eine lückenlose und umfassende Aufklärung der Silvesternacht selbst sowie eine Begutachtung der strukturellen Defizite in der nordrhein-westfälischen Polizeiarbeit im Allgemeinen dafür sorgen kann, das Vertrauen der Menschen in die Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen. Aus diesem Grund beantragten CDU und FDP am 19. Januar gemeinsam die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der eine Woche später vom Landtag beschlossen wurde. Der Ausschuss soll sich ein Gesamtbild über die Geschehnisse in der Silvesternacht im und vor dem Kölner Hauptbahnhof verschaffen und untersuchen, ob es bei der Planung, Durchführung und Nachbereitung des Einsatzes und der diesbezüglichen Öffentlichkeitsarbeit Fehler der Polizei sowie anderer nordrhein-westfälischer Sicherheitsbehörden einschließlich des Innenministeriums und der Staatskanzlei gegeben hat. Auch der Umgang mit den Opfern sexualisierter Gewalt, das Vorhandensein weiterer rechtsfreier Räume in Nordrhein-Westfalen sowie das generelle Management der Polizeiarbeit auf Landesebene gehören zu den Schwerpunkten der Ausschussarbeit. Den Ausschussvorsitz übernimmt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Peter Biesenbach.

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS SILVESTERNACHT 2015

Licht ins Dunkel bringen

Nach dem Schock von Köln bleiben viele Fragen offen: Wie konnte es dazu kommen, dass Frauen massenhaft Opfer von sexualisierter Gewalt wurden? Wo gab es Fehleinschätzungen? Was kann man verbessern? Diese und viele weitere Fragen versucht der „Untersuchungsausschuss Silvesternacht 2015“ aufzuklären. Der Ausschussvorsitzende ist Peter Biesenbach, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Herr Biesenbach, warum war die Einsetzung des Untersuchungsausschusses nötig?

Wenn wir das Vertrauen der Menschen in die Sicherheitsbehörden zurückgewinnen wollen, brauchen wir eine möglichst breite Aufklärung des Sachverhalts. Wir müssen herausfinden, wer für was verantwortlich war und welche Ursachen dem missglückten Polizeieinsatz zu Grunde lagen. Wir müssen Licht ins Dunkel bringen. Nur so können wir einen ähnlichen Vorfall in Zukunft verhindern. Dass alles muss jenseits parteitaktischer Erwägungen stattfinden. Deswegen bin ich froh, dass sich auch SPD und Grüne unserem Einsetzungsantrag angeschlossen haben.

Welche Rolle wird die Öffentlichkeitsarbeit der staatlichen Stellen im Fall Köln im Ausschuss spielen?

Ein sehr große. In den Tagen nach Neujahr ist der Eindruck entstanden, dass Polizei und Lan-

desregierung der Öffentlichkeit wichtige Informationen vorenthalten haben. So etwas darf es in einer offenen Demokratie nicht geben. Hier Klarheit darüber zu erhalten, ob die Verantwortlichen bestimmte Dinge wider besseren Wissens verschwiegen haben, wird sicherlich einen Schwerpunkt der Ausschussarbeit darstellen.

Wie sehr werden Ihnen dabei die Erfahrungen helfen, die Sie als Vorsitzender im WestLB-Ausschuss gemacht haben?

Die beiden Ausschüsse sind kaum miteinander vergleichbar. Während in Sachen WestLB die Vorgänge bereits Jahre zurückliegen, lag die Kölner Silvesternacht bei Beginn des Ausschusses erst ein paar Wochen zurück. Zudem werden wir wesentlich mehr Zeugen vorladen müssen, da es keine mit der WestLB vergleichbare Aktenlage gibt.

Unsere Abgeordneten für den Untersuchungsausschuss „Silvesternacht 2015“

 <p>Peter Biesenbach, Vorsitz</p>	 <p>Ina Scharrenbach, Sprecherin</p>
 <p>Robert Stein, ordentliches Mitglied</p>	 <p>Christian Möbius, ordentliches Mitglied</p>

Ablehnungspolitik
von Rot-Grün

CDU-Antrag:
**Konsequent
gegen
sogenannte
„Antänzer“
vorgehen
(23.09.2014)**

ABGELEHNT

CDU-Antrag:
**Einsatz von
Body-Cams
(Minischulter-
kameras) bei
der Polizei in
NRW
(20.05.2014)**

ABGELEHNT

CDU-Antrag:
**Gewalt gegen
Polizeibeamte
nicht
tolerieren
(20.07.2013)**

ABGELEHNT

CDU-Antrag:
**Fünf Millionen
Euro für mehr
Schutzwesten
(03.12.2015)**

ABGELEHNT

INNENPOLITIK

Nordrhein-Westfalen braucht einen Neuanfang in der Inneren Sicherheit



Theo Kruse,
Innenpolitischer
Sprecher der CDU-
Landtagsfraktion

Die Vorfälle von Köln reihen sich nahtlos ein in das generelle Versagen der Landesregierung im Bereich der Inneren Sicherheit. Schon vor Silvester empfanden viele Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ein allgemeines Unsicherheitsgefühl, das sich durch die Silvesternacht nun endgültig festgesetzt hat. Die Gründe: die Zahl der Wohnungseinbrüche hat im letzten Jahr ein Rekordniveau erreicht. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote bei Straftaten in unserem Land desaströs niedrig.

Liegt sie zum Beispiel in München bei 63 Prozent, so erreicht Köln als größte Stadt Nordrhein-Westfalens nur 43 Prozent. Während in Bayern 326 Polizisten auf 100.000 Einwohner kommen, sind es hier nur 228, also fast 100 Beamtinnen und Beamte weniger. Eine weitere Folge dieser Unterversorgung sind amtlich festgestellte No-Go-Areas in einigen unserer Großstädte, in denen kriminelle Organisationen oder

Familienclans den Ton angeben und die Polizei auf verlorenem Posten steht. In manchen Großstädten haben sich bereits Bürgerwehren gebildet, die die Menschen „schützen“ wollen. So kann und darf es nicht weitergehen. Nordrhein-Westfalen braucht einen Neuanfang in der Inneren Sicherheit!

Die CDU-Fraktion fordert deswegen unter anderem die Ausweitung der Möglichkeiten zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum, die zeitnahe Ausstattung der Polizei mit Body-Cams, die Schaffung einer Rechtsgrundlage für verdachtsunabhängige Personenkontrollen („Schleierfahndung“) sowie eine Strukturreform der Polizei, sowohl durch eine Neuausrichtung der Ausbildung als auch eine Konzentration auf polizeiliche Kernaufgaben. Viele dieser Forderungen hat die rot-grüne Koalition immer abgelehnt. Es bleibt zu hoffen, dass die Geschehnisse von Köln nun zu einem Sinneswandel bei der Landesregierung führen.



Marcus Optendrenk,
finanzpolitischer
Sprecher der
Fraktion

LANDESHAUSHALT

Wenn ein SPD-Minister zu rechnen versucht ...

Was soll man von einem Finanzminister halten, der sich im eigenen Landeshaushalt um eine halbe Milliarde Euro verschätzt? Er verdient zumindest kein großes Vertrauen. Umso schlimmer ist es aber, wenn sich die Falschrechnung zu Lasten des Landes auswirkt und auch noch solch eine stolze Summe umfasst.

Opposition hat gewarnt

Norbert Walter-Borjans (SPD) hätte besser auf uns gehört. Schon in den Debatten Mitte Dezember 2015 hatte die CDU-Landtagsfraktion vor einem rund 500 Millionen Euro großen Steuerloch im Landesetat gewarnt. Doch davon wollte der Minister nichts wissen. Nun steht fest: Anstatt der noch Mitte Dezember 2015 vom Finanzminister prognostizierten Steuereinnahmen hat das Land knapp 500 Millionen Euro weniger eingenommen. Das hat nicht nur Auswirkungen für 2015, sondern auch für das laufende Jahr.

Der im letzten Jahr verabschiedete rot-grüne Landeshaushalt für 2016 weist neue Schulden im Umfang von 1,8 Milliarden Euro auf. Das zeigt deutlich, wie sehr sich Rot-Grün vor einer wirklichen Prioritätensetzung drückt. In zentralen Bereichen ist unser Land durch die rot-grüne Politik geschwächt. Auf große gesellschaftliche Herausforderungen ist Nordrhein-Westfalen schlechter vorbereitet als andere Bundesländer.

Kluge Politik trifft Vorsorge

Dem Bund stehen aufgrund der soliden Haushaltspolitik der CDU-geführten Regierung genügend Mittel zur Verfügung, um die Integration der Flüchtlinge ohne neue Schulden zu bewältigen. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen kann das nicht. Trotz Rekordsteuereinnahmen und historisch niedriger Zinsen hat Rot-Grün nicht vorgesorgt, sondern die Landesausgaben fahrlässig ausgeweitet. Anstatt ihren

Kurs in der Haushaltspolitik zu verändern, macht die Landesregierung nun sogar die Flüchtlinge für den 145 Milliarden Euro Schuldenberg des Landes verantwortlich.

Die CDU-Landtagsfraktion hat im Gegensatz zur Landesregierung ihre Prioritäten im Landtag vorgelegt:

- Mehr Finanzkraft entwickeln wir nur mit einer anderen Wirtschaftspolitik. Wichtig wären jetzt Investitionen in die digitale Infrastruktur für den ländlichen Raum. Richtig wäre eine Politik für Arbeitsplätze im Ruhrgebiet. Rot-Grün aber behindert Industrieprojekte wie den NewPark in der Emscher-Lippe-Region und fällt beim Breitbandausbau hinter die anderen Länder zurück.
- Die Tatsache, dass der Etat des Umweltministeriums am meisten steigt, zeigt: Rot-Grün hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Anstatt in die marode Infrastruktur unseres Landes zu investieren und den Bau von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Brücken zu forcieren, verstärkt die Landesregierung den Investitionsstau und beharrt auf Lieblingsprojekten zur Pflege der Klientel von SPD und Grünen.
- Stattdessen brauchen wir endlich ein Konzept für die zahlreichen Baustellen im Betreuungsbereich: Eine auskömmliche Finanzierung unserer Kitas und der Ausbau der U3-Plätze, die Erfassung und Bekämpfung des Unterrichtsausfalls, die Besetzung der Schulleiterstellen und die erfolgreiche Umsetzung der Inklusion mit Lehrern und Eltern und nicht gegen sie.

Für diese prioritären Aufgaben und für die aktuellen Herausforderungen der Integration der Flüchtlinge und der Stärkung der Inneren Sicherheit fehlen Frau Kraft die Konzepte und – selbstverschuldet – auch die finanziellen Spielräume.



SOZIALE MEDIEN:

Alle Neuigkeiten aus der Fraktion finden Sie auch in unseren Auftritten bei Twitter, Facebook und Youtube.

INFRASTRUKTURPROBLEME

Ein hausgemachtes Problem

Schlaglöcher, marode Brücken und Staus von hunderten Kilometern Länge. Das ist die traurige Realität in Nordrhein-Westfalen. Dabei müsste für das bevölkerungs- und verkehrsreichste Bundesland eigentlich gelten: Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik. Das hat die rot-grüne Landesregierung aber nicht erkannt, weshalb sie seit Regierungsantritt die Verkehrsinfrastruktur sträflich vernachlässigt. Traurige Folge: Nordrhein-Westfalen ist das Stauland Nummer eins geworden. Jeder dritte Stau in Deutschland ist in Nordrhein-Westfalen. Der volkswirtschaftliche Schaden ist enorm.

Bundesfernstraßenbau im Keller

Vor diesem Hintergrund ist die Bilanz beim Bundesfernstraßenbau für das Jahr 2015 besonders ernüchternd. Nordrhein-Westfalen rief im Jahr 2015 sogar noch weniger Bundesmittel ab als schon 2014. Die investiven Mittel für Autobahnen und Bundesstraßen betragen nur noch 716 Millionen Euro, das sind 100 Millionen Euro weniger als im Vorjahr.

Der Grund für den neuerlichen Tiefstand: Nordrhein-Westfalen hat zu wenig Planungen für den Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen vorangetrieben. Das rot-grüne Problem ist also hausgemacht. Denn die Länder tragen die Verantwortung für die Planung von Bundes-

fernstraßen – der Bund bezahlt nur den Bau von rechtskräftig planfestgestellten Straßen. Für einen Euro Planungskosten bekommen die Länder neun Euro Baukosten aus Berlin. Die CDU hat in ihrer Regierungszeit dieses einfache Prinzip begriffen und gehandelt. Nie gab es mehr Bundesfernstraßenbau in Nordrhein-Westfalen als zu Zeiten der CDU-geführten Vorgängerregierung, weil mit Hochdruck geplant wurde.

Rot-Grün auf der Bremse

Weil aber Rot-Grün seit dem Jahr 2011 bei den Planungen auf der Bremse steht, fließt weniger Geld nach Nordrhein-Westfalen. Nur ein Beispiel von vielen: Im Juli 2015 bekam Nordrhein-Westfalen nur 128 Millionen Euro vom 2,7 Milliarden umfassenden Paket an Bundesmitteln für den Neubau von Bundesfernstraßen. In den rot-grün regierten Stadtstaat Hamburg flossen hingegen 180 Millionen Euro. Dabei hat Hamburg nur zehn Prozent der Einwohner Nordrhein-Westfalens. Nach diesem Maßstab hätte unser Bundesland 1,8 Milliarden Euro bekommen müssen.

Minister Groschek muss endlich handeln und sukzessive eine Planungsreserve von einer Milliarde Euro aufbauen. Nur dann können alle regulären Bundesmittel sowie zusätzliche Mittel aus anderen Bundesländern oder Sonderprogrammen abgerufen werden.



Klaus Vousem,
verkehrspolitischer
Sprecher der CDU-
Landtagsfraktion



Hätte Rot-Grün seine Hausaufgaben gemacht, wären wir nicht das „Stauland Nummer 1“.

Neu im Amt: 3 Minister im politischen Tiefschlaf

Gute Nacht, rot-grüne Landesregierung!



KABINETT KRAFT

Die drei Neuen mit null Wirkung

Die meisten Menschen in Nordrhein-Westfalen werden es nicht gemerkt haben, aber: seit Oktober 2015 hat die rot-grüne Landesregierung drei neue Minister. Ihre bisherige Bilanz ist erschreckend. Statt mit neuen Ideen und Initiativen das Land voran zu bringen, verharren Christina Kampmann, Rainer Schmeltzer und Franz-Josef Lersch-Mense im politischen Tiefschlaf.

Christina Kampmann, die neue Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, ist bisher nur durch sonderbare Aktionen aufgefallen. So lud sie zu einer Ausschusssitzung schon einmal alle „Mitglieder und Mitgliederinnen“ ein. Erst nach einem Brief des CDU-Abgeordneten

Holger Müller und einem Pressebericht nahm das Ministerium die krude Wortneuschöpfung zurück mit der Begründung, dass sich wohl der Fehlerteufel eingeschlichen habe. Auf diesen ersten Fehlgriff ließ das zweite Highlight der bisherigen Amtszeit nicht lange auf sich warten: Zu einer Pressekonferenz lud Kampmann die Journalisten in die Café-Bar „k“ in Düsseldorf-Unterbilk ein. In dieser Bar wollte sie ihr Arbeitsprogramm vorstellen. Das ganze Ambiente samt zischender Kaffeemaschine und lautem Geräuschpegel stieß bei den anwesenden Journalisten jedoch nur auf begrenzte Freude. PR ersetzt eben doch keine Politik. Und schlechte PR erst recht nicht.

Ansonsten verfährt sie ganz nach dem Credo: Je dünner die Bilanz, desto größer die Ankündigungen. Ein neues Kinderbildungsgesetz ins Gespräch zu bringen ist noch lange keine politische Leistung. Für alle Beteiligten – Kinder, Eltern, Erzieher, Träger – wäre es besser gewesen, wenn sie dafür gesorgt hätte, dass die Landesregierung das bewährte Gesetz von 2008 konsequent umsetzt und die Pauschalen für die Träger endlich anpasst. So war es in der Übereinkunft mit den Trägern – Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und kommunalen Spitzenverbänden – für 2011 festgeschrieben. Rot-Grün hat sie im Regen stehen lassen. Anstatt ein Soforthilfeprogramm aus eigenen Landesmitteln zu starten, leitet die neue Ministerin lediglich Bundesgelder durch. Dies wird jedoch nicht ausreichen.

Auch der neue Minister für Arbeit, Integration und Soziales, **Rainer Schmeltzer**, schläft tief und fest. Von der vollmundigen Ankündigung des Ministers, er „sprühe vor Ideen“, ist bisher nichts zu erkennen. Wie sein Vorgänger hat auch der neue Minister beim aktuell wichtigen Thema Flüchtlinge lediglich auf der Zuschauertribüne Platz genommen. Er hat bisher immer noch keine Vereinbarung mit den Arbeitgebern zur Integration der Flüchtlinge getroffen – so, wie es Bayern vorgemacht hat. Seine Passivität ist eine Blamage für Nordrhein-Westfalen. Auch die Ankündigungen, die Arbeitsmarktpolitik neu auszurichten, wurden bis jetzt nicht durch Konzepte und Maßnahmen unterfüttert. Der Abbruch des ersten Anhörungstermins zum Inklusionsstärkungsgesetz wegen fehlender Gebärdensprachdolmetscher war geradezu symptomatisch für die Inklusionspolitik der Landesregierung – viele hehre Vorhaben, aber kein Plan.

Der dritte neue Minister im Bunde ist **Franz-Josef Lersch-Mense**, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien. Er ist in der Landespolitik bisher noch nicht in Erscheinung getreten. Statt sich aktiv gegen die Pläne eines Komplettumzugs der Bundesregierung von Bonn nach Berlin zu stellen, ist er in der Debatte weitgehend untergetaucht. Dabei hätte er deutlich machen müssen, dass zu der Attraktivität Bonns als UN-Standort die direkte Nachbarschaft von internationalen Organisationen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Bundeseinrichtungen wie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gehören. Wenn Bonn neben Genf und Wien zum dritten europäischen Zentrum für die Vereinten Nationen ausgebaut werden soll, darf dieses Alleinstellungsmerkmal der Bundesstadt nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Nordrhein-Westfalen hat unter dieser rot-grünen Landesregierung im europäischen und internationalen Kontext zusehends an Gewicht verloren. Der Minister hat bisher nichts dazu beigetragen, den Kurs zu korrigieren. Gleiches gilt beim Beschluss des neuen WDR-Gesetzes. Durch das neue Gesetz kommt es zu einer unausgewogenen Zusammensetzung des Rundfunkrates. Wichtige gesellschaftliche Gruppen werden gar nicht oder nicht angemessen berücksichtigt. Hier hätte der Minister korrigierend eingreifen können. Dies hat er jedoch verschlafen.

Es stellt sich die Frage: Wachen die drei irgendwann noch einmal auf?





Peter Preuß,
sozialpolitischer
Sprecher der Land-
tagsfraktion

INKLUSION

„Wo bleibt der Gebärden- dolmetscher?“

„Ich bin taub!“ – mit diesem Schild in der Hand sorgt einer der geladenen Experten bei einer Anhörung zum Inklusionsstärkungsgesetz im November 2015 für einen Eklat. Denn obwohl er als Experte in den Landtag geladen wurde, war es nicht möglich, innerhalb einer Woche einen Gebärdensprachdolmetscher zu engagieren. Der 18. November 2015 ist daher zum Symbol der gescheiterten Inklusionspolitik von Rot-Grün geworden. Denn allen Worten der Landesregierung zum Trotz war die Inklusion an einem Ort wie dem Landtag nicht möglich.

Kein Wunder, dass auch das geplante Inklusionsstärkungsgesetz lediglich aus Appellen und nicht aus Rechtsvorschriften besteht. Das höchste Ziel der Landesregierung ist es nämlich, Kosten zu sparen. Mehr als die Hälfte des veranschlagten Finanzbedarfs müssen die Kommunen stemmen. Wie soll Inklusion gelingen, wenn die vielen Maßnahmen nur „Kann-Vorschriften“ sind und eine Umsetzung damit in das Belieben der einzelnen Akteure gestellt ist?

Menschen mit Behinderung müssen selbst die Umsetzung über Zielvereinbarungen herbeiführen – ansonsten bleibt ihnen (wie schon bisher) als einziges Mittel nur die Klage. Sanktionen zur Durchsetzung gibt es nicht. Außerdem fehlen Fristen und Standards, um die Umsetzung zu beschleunigen und qualitativ voranzubringen.

Die einzig konkrete, auch finanziell unterlegte Regelung ergibt sich im Bereich eines Anspruchs auf Gebärdensprachdolmetscher für gehörlose Eltern in Schule und Kita. Genau in diesem Bereich versagte die Landtagsverwaltung paradoxer Weise im Rahmen der angesetzten öffentlichen Anhörung.

„Wo bleibt der Dolmetscher?“ Diese Frage muss sich der gehörlose Sachverständige leider noch länger stellen. Denn auch durch das Inklusionsstärkungsgesetz wird das Leben für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen nicht leichter. Die Landesregierung muss endlich Farbe bekennen und sich an die Umsetzung von konkreten Maßnahmen begeben. Nur so kann Inklusion gelingen.

Ein vielsagender Schnappschuss aus der Anhörung: Der gehörlose Experte Martin Magiera weist auf den fehlenden Dolmetscher hin.



ASYLPOLITIK IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Integration und Rückführung – die zwei Seiten des Asylrechts

Unsere gesellschaftlichen Werte werden nicht von allen zugewanderten Menschen geteilt. Deshalb braucht es ein offensives Eintreten für die kulturellen und rechtlichen Grundlagen des Zusammenlebens in Deutschland. Die CDU-Landtagsfraktion ist davon überzeugt, dass die Landespolitik stets beide Seiten des deutschen Asylrechts im Blick behalten muss. Wollen wir die Akzeptanz für das Grundrecht auf Asyl bei unserer Bevölkerung erhalten, brauchen wir eine schnelle und erfolgreiche Integration derjenigen, die bei uns bleiben. Aber auch eine konsequente und effektive Rückführung derjenigen, die gehen müssen.

Arbeit als Schlüssel zur Integration

Dabei müssen die staatlichen Integrationsbemühungen früh beginnen, um die sozialen Folgekosten der hohen Zugangszahlen von Flüchtlingen möglichst gering zu halten. Eine erfolgreiche Integrationspolitik setzt sich aus drei zentralen Bausteinen zusammen: der Sprachförderung, der Vermittlung unserer demokratischen Leitkultur sowie der Arbeitsmarktintegration. Keine staatliche Integrationsmaßnahme kann so erfolgreich und nachhaltig wirken wie das Miteinander

an der Werkbank oder im Kollegenkreis. Zur Eingliederung von Schutzberechtigten in den nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt hat die CDU-Fraktion deswegen drei Anträge eingebracht. Sie haben zum Ziel, schwer vermittelbare Flüchtlinge an den Arbeitsmarkt heranzuführen und die Integration bereits qualifizierter oder qualifizierbarer Asylberechtigter in den Arbeitsmarkt zu beschleunigen. Zudem sollen Ausbildungsverhältnisse für junge Flüchtlinge ermöglicht und gefördert werden.



„Aktionsplan Rückkehr“

Bei der Anzahl von Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern hinkt Nordrhein-Westfalen anderen Ländern wie Bayern oder Hessen deutlich hinterher. Um auch in unserem Bundesland die Zahl der Rückführungen und Abschiebungen zu erhöhen, fordert die CDU-Fraktion in ihrem „Aktionsplan Rückkehr“ zahlreiche Maßnahmen von der rot-grünen Landesregierung. Hierzu gehört die Einrichtung von Zentren für Westbalkan- sowie Nordafrika-Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive, um einen effizienten Verfahrensablauf zu garantieren. Ebenso muss die Förderung der freiwilligen Rückkehr verstärkt und die einheitliche Attestierung von Reiseunfähigkeit durch Amtsärzte durchgesetzt

werden. Daneben muss die Landesregierung endlich die Asylgesetze des Bundes konsequent anwenden: sie darf Abschiebungen auch in Einzelfällen nicht mehr vorankündigen und muss in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen des Landes vom Prinzip der Geldleistungen auf Sachleistungen umstellen. Auch die Rücknahme abschiebungshinderlicher Erlasse des Landes ist notwendig, um die dauerhafte Duldung von abgelehnten Asylbewerbern zu verhindern.

Sprachförderung, demokratische Leitkultur und Arbeitsmarktintegration sind zentrale Bausteine



André Kuper, stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Serap Güler, integrationspolitische Sprecherin

ZUM SCHLUSS ...



CDU in Schwarz und Gelb

Was der Eine für eine politische Machtkonstellation hält, ist für den Anderen sein liebstes Hobby. Schwarz und Gelb sind nämlich nicht nur die Farben von CDU und FDP, sondern auch die des Fußballclubs BV Borussia 09 Dortmund. Auch in der CDU-Landtagsfraktion schlägt bei einigen Abgeordneten das Herz in den Farben der Borussen. Unter dem Motto „CDU-Mitglieder für den BVB“ gründete sich daher am 19. Januar 2016 um genau 13.09 Uhr der Fanclub „Schwarze Borussen“ im Landtag Nordrhein-Westfalen. Zur konstituierenden Sitzung des Fanclubs begrüßten die BVB-Fans un-

ter den CDU-Mandatsträgern und -Mitgliedern den BVB-Geschäftsführer Hans-Joachim Watzke im schwarz-gelb geschmückten Fraktionssaal der CDU. Zum Vorsitzenden des Fanclubs wurde der Dortmunder Bundestagsabgeordnete Steffen Kanitz gewählt. Weitere Mitglieder sind unter anderem Paul Ziemiak, Bundesvorsitzender der Jungen Union, die stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Klaus Kaiser und Josef Hovenjürgen, sowie die Landtagsabgeordneten Claudia Middendorf und Thorsten Schick. Jedes CDU-Mitglied, das mit dem BVB sympathisiert, kann dem Fanclub beitreten.

Kunst und Landtag

Wer den Landtag betritt merkt schnell: hier werden nicht nur wichtige Entscheidungen für Nordrhein-Westfalen getroffen, sondern auch die Künstler aus unserem Land geehrt. Kunst und Landtag – das gehört einfach zusammen. Daher ist es Tradition, dass auch die CDU-Fraktion in ihrem Bereich Künstlern aus Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit gibt, ihre Werke der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die aktuelle Ausstellung der Wuppertaler Künstlerin Anke Wohlfart trägt den Titel „off-line“ und ist noch bis zum 8. April im Fraktionsfoyer zu sehen.



Die Künstlerin hält in ihren Werken flüchtige Momente fest und untersucht die Verbindung von Mensch und Natur. Durch malerische Eingriffe und eine konsequente Bildstörung wird eine ständige Bewegung und Veränderung sichtbar, welche auf ihr Anliegen, die Malerei selbst, zurückführt. „Malerei bedeutet für mich, in eine eigene, hochkonzentrierte und absolut reduzierte Welt einzutauchen“, erklärte die Wuppertalerin bei der Ausstellungseröffnung. Für den Besuch der Ausstellung ist eine Anmeldung bei Gabriele Arentz (gabriele.arentz@landtag.nrw.de) notwendig.

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf – **Vorsitzender:** Armin Laschet MdL – **Parlamentarischer Geschäftsführer:** Lutz Lienenkämper MdL – **Redaktion:** Christoph Weckenbrock und Nils Sönksen – **Fotos:** Volker Zierhut, dpa-picture-alliance, CDU-Bilddatenbank, Anke Wohlfart, Narong Jongsirikul/Fotolia.com, privat – **Kontakt und Website:** www.cdu-nrw-fraktion.de

28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Karlsruhe

Merkel: Parteitag hat uns allen gut getan

Fotos: Rochlitzer

Rund um den dritten Advent 2015 fand in Karlsruhe der 28. Parteitag der CDU Deutschlands statt. Im Mittelpunkt auch der medialen Aufmerksamkeit stand die „Karlsruher Erklärung“, die mit großer Mehrheit vom Parteitag beschlossen wurde. Die drei Kernpunkte:

- Sicherheit erhöhen, Terror bekämpfen.
- Menschen in Not helfen, Migration ordnen, steuern und reduzieren.
- Integration sichern und gestalten: Fördern und Fordern.

„Wir werden das schaffen!“

Neun Minuten Standing Ovationen als Balsam für Parteiseele und -vorsitzende: Angela Merkel warb mit einer leidenschaftlichen Rede für den Kurs des CDU-Bundesvorstands in der Flüchtlingsfrage. Sie sprach sich für eine Reduzierung der hohen Asylbewerberzahlen aus. Dies solle mit einem Mix aus nationalen, europäischen und internationalen Anstrengung erreicht werden: „Wir brauchen eine Lösung der Flüchtlingsbewegung, die nachhaltig ist und dauerhaft wirkt.“ Es gehe darum, als CDU Antworten auf die Herausforderungen der Zeit zu geben, bekräftigte Angela Merkel gegenüber den 1.001 Delegierten. Die CDU habe Deutschland entscheidend geprägt und immer dafür gearbeitet, „zu zeigen, was in uns steckt“. Genau so sei auch ihre Zuversicht zu verstehen, die sie mit ihrem Satz „Wir schaffen das“ verbunden habe. Deutschland sei ein starkes Land, so Merkel, in dem sich viele Menschen für die Schutz- und Hilfesuchenden einsetzen: „Wir sind überzeugt: Wir werden das schaffen.“

Parteireform und Anträge der Zukunftskommissionen beschlossen

Inhaltlich standen neben dem Flüchtlingsthema die Anträge der drei Zukunftskommissionen sowie der Reformkommission

„Meine CDU 2017“ im Mittelpunkt. So hatte sich Julia Klöckner mit dem Thema „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“ beschäftigt, Armin Laschet leitete die Kommission „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“, Thomas Strobl thematisierte „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ und Peter Tauber nahm mit „Meine CDU 2017“ eine Parteireform in Angriff. Einstimmig mit nur zwei Enthaltungen verabschiedete der CDU-Parteitag den Antrag zur Zukunft der Bürgergesellschaft: Über fast zwei Jahre hatte die Kommission von Armin Laschet zuvor daran gearbeitet. „Wenn man alleine sieht, was sich in diesen zwei Jahren verändert hat, dann merkt man, wie sehr sich die Welt gewandelt hat“, erläuterte Armin Laschet zur Einbringung des Antrags. ■



Video: Die CDU Nordrhein-Westfalen auf dem #cdupt15



Alle Anträge und Beschlüsse des 28. CDU-Bundesparteitags finden Sie hier

Neujahrsempfang mit 850 Gästen aus Politik und Gesellschaft im Robert-Schumann-Saal in Düsseldorf

Nordrhein-Westfalen braucht einen neuen Aufbruch!

Fotos: NRW-CDU/Sondermann

Gänsehautmoment während der Begrüßungsrede beim Neujahrsempfang in Düsseldorf: Gemeinsam mit Armin Laschet bitet Generalsekretär Bodo Löttgen die Ortsverbandsvorsitzende aus Köln-Braunsfeld/Müngersdorf, Marliese Berthmann, auf die Bühne. Bei dem abscheulichen Attentat auf Henriette Reker, einen Tag vor ihrer Wahl zur neuen Kölner Oberbürgermeisterin, hatte sich Berthmann schützend vor sie gestellt und wurde dabei selbst schwer verletzt. Als Anerkennung für ihren Mut erhielt sie eine Urkunde – dabei sei sie eigentlich keine Heldin, so Berthmann. Dennoch fordert sie die Anwesenden auf, für die Werte der CDU entschieden einzutreten: „Lassen Sie uns Helden sein!“ (mehr dazu im Fragebogen auf S. 20)

Woelki: Für unsere Werte eintreten

Gastredner Rainer Maria Kardinal Woelki, Erzbischof von Köln, stellte die Würde des Menschen in den Mittelpunkt seiner Rede. Zurecht sei man stolz auf das christliche Abendland, so Woelki. Aber: „Das retten wir nicht, indem wir Grenzen dicht machen, sondern indem wir für unsere Werte und für die Würde jedes Menschen eintreten, sie achten und schützen.“ Die Vorfälle in der Silvesternacht in Köln und anderswo verurteilte er scharf: Die Würde der betroffenen Frauen sei von den „marodierenden Männerhorden in schändlicher Weise missachtet“ worden. Woelki warnte aber auch vor Vorverurteilungen: „Das ist ein politisches Süppchen, von dem wir nicht mehr essen und schmecken, es nicht einmal mehr riechen wollen.“ In unserer Gesellschaft sei kein Platz für Diskriminierung und Rassismus.

Flüchtlingszahlen reduzieren – Schutzbedürftigen helfen

Auch der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet nahm in seiner Rede Bezug auf das bestimmende Thema, die Flüchtlingssituation. Menschen, die nicht politisch verfolgt seien, hätten

kein Anrecht auf Asyl und müssten das Land verlassen, stellte sich Laschet demonstrativ hinter die Politik der Bundeskanzlerin. Deutschland könne nicht jedes Jahr eine Million Menschen aufnehmen. Damit die Zahl der Flüchtlinge sinke, brauche man ein europäisches Konzept: „Wir brauchen mehr Europa. Wir werden die Flüchtlingsfrage nicht national lösen können.“ Wer das Schengener Abkommen infrage stelle, gefährde Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

Das Verhalten der Täter der Kölner Silvesternacht, die überwiegend Asylbewerber waren, verurteilte Laschet scharf: „Niemand kann glauben, dass er, wenn er hierhergekommen ist, unsere erwachsenen Werte infrage stellen kann.“ Zugleich machte er deutlich, dass die widerwärtigen Taten auch die Folge eines Staatsversagens seien. Die Polizei habe dem massenhaften Ausbruch sexualisierter Gewalt ohnmächtig gegenübergestanden und sei nicht in der Lage gewesen, die Bürgerinnen vor Übergriffen zu schützen. „Es darf in Nordrhein-Westfalen keine No-Go-Areas geben, wo sich Frauen, Männer oder Kinder immer oder zeitweise nicht sicher fühlen“, machte Laschet deutlich und warf der Landesregierung schwere Versäumnisse vor. ■



Für die musikalische Untermalung des Neujahrsempfangs sorgte die „Jugend musiziert“-Siegerin Charlotte Hahn, 18 Jahre, aus Münster mit ihrem Marimbaphon.

15. Politischer Aschermittwoch in Kirchveischede

Innere Sicherheit bleibt Thema des Jahres

Foto: NRW-CDU/Sondermann

Mit einer Schweigeminute für die über 500 Gäste der Opfer des Zugunglücks in Bad Aibling begann der 15. Politische Aschermittwoch der CDU Nordrhein-Westfalen mit über 500 Gästen im sauerländischen Lennestadt-Kirchveischede. Jochen Ritter, neuer Kreisvorsitzender der CDU Olpe, erklärte: „Mit dem gebotenen Respekt können wie einen Politischen Aschermittwoch durchführen, so dass er auch noch ausreichend Raum für die politische Auseinandersetzung bietet.“

Löttgen: „Wir werden diese Wahl gewinnen“

„Es gibt keine einfachen Lösungen für sehr komplizierte Probleme“. Mit diesem Zitat von Michail Gorbatschow charakterisierte Generalsekretär Bodo Löttgen die aktuelle Herausforderung, Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren. Mehr denn je sei daher wichtig, dass die CDU fest auf ihrem Fundament aus christlich-sozialen, liberalen und konservativen Wurzeln stehe – denn nur die CDU biete Lösungen. Im Land würde sie einiges anders machen, warb Löttgen um Unterstützung bei Landtagswahl 2017: „Mit Armin Laschet als ‚Möglichmacher‘ an der Spitze können wir diese Wahl gewinnen, wenn wir sie gewinnen wollen – und wir werden sie gewinnen, weil wir sie gewinnen wollen!“

Laschet: Flüchtlingssituation nur gemeinsam in Europa zu lösen

„Ein Grundrecht hat keine Obergrenze“, stellte der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet in seiner Rede klar. Es sei richtig, dass Deutschland Schutzbedürftigen helfe. Gleichzeitig sei unstrittig, dass „wir 2016 nicht wieder eine Million Flüchtlinge aufnehmen können.“ Laschet warnte vor den Folgen einer Grenzschließung für die deutsche Wirtschaft treffen und die wirtschaftsstarke Regionen in Nordrhein-Westfalen, die auf einen Handel mit den Nachbarländern stark angewiesen sei. „Lasst uns doch erstmal eine europäische Lösung versuchen, bevor wir einfach den Bin-

nenmarkt dicht machen, von dem wir so viel profitiert haben wie kaum ein anderer“, forderte er Geduld. Neben der Organisation von Unterkunft und Integration für Flüchtlinge vor Ort könnten die Flüchtlingszahlen auf zwei Wegen reduziert werden: Die Situation der Flüchtlinge in den Lagern der Türkei müsse verbessert und das Schleppertum endlich beendet werden. Laschet abschließend: „Wir brauchen Solidarität in Europa, nur gemeinsam können wir die Flüchtlingssituation lösen.“

Innere Sicherheit als „Thema des Jahres“

In vielen Ländervergleichen liege Nordrhein-Westfalen auf den hinteren Plätzen, beklagte Laschet. „Aber bei der Kriminalität sind wir ganz vorne, bei der Aufklärung dann aber wieder hinten.“ Laschet kritisierte besonders die mangelnde Ausstattung und politische Rückendeckung für die Polizei in Nordrhein-Westfalen. Es sei es beunruhigend, dass Bürgerwehren gegründet würden und Pfefferspray vielerorts ausverkauft sei. „Da würde ich mir als Innenminister mal die Frage stellen, ob ich eigentlich noch der Richtige bin, um die Innere Sicherheit in diesem Land zu garantieren.“ Laschet zum „Thema des Jahres“ Innere Sicherheit: „Dieses Land hat es verdient, dass die Menschen sich hier sicher bewegen können, wir werden nicht dulden, dass unser Land ein Land von No-Go-Areas wird!“

Unterstützung, Fisch und Musik zum Ausklang

Der Vorsitzende des CDU-Bezirksverbands Südwestfalen, Klaus Kaiser, fasste zusammen: Die CDU sei besonders dann wichtig, wenn mal keine Schönwetterlage sei, weil nur sie die Gesellschaft zusammenhalten könne. „Südwestfalen freut sich auf den Wahlkampf und wird seinen Beitrag zum Wechsel 2017 leisten“, so Kaiser. Nach dem gemeinsamen Singen der Nationalhymne klang der Abend beim traditionellen Fischessen zu den Klängen des Musikvereins Bilstein unter der Leitung von Dirigent Erwin Völkl aus. ■



Starke ländliche Räume für ein starkes Nordrhein-Westfalen!

„Wir wollen kein Freilichtmuseum werden, sondern ein quicklebendiger moderner Teil Nordrhein-Westfalens bleiben“, bringt es Bernhard Conzen, Präsident des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes auf den Punkt. Sein westfälisch-lippischer Kollege Johannes Röring MdB fordert: „Es muss endlich Schluss sein mit der Verbotspolitik.“ Etwa die Hälfte unseres Bundeslandes wird landwirtschaftlich genutzt. Ein weiteres Viertel besteht aus Wald. Im Cluster Agribusiness arbeiten in NRW mehr als 800.000 Menschen. Sie erwirtschaften ca. 10 Prozent der Bruttowertschöpfung unseres Landes.

Spätestens seit Bündnis 90/Die Grünen die Agrarwende zu ihrem zentralen Wahlkampfthema gemacht haben, sehen sich Menschen, die im ländlichen Raum leben und arbeiten, persönlich und mit ihren Betrieben einem ständig steigenden Druck seitens der Landesregierung ausgesetzt. Abweichend vom Bundesrecht soll Nordrhein-Westfalens ländlicher Raum mit landesgesetzlichen Sonderwegen zum Experimentierfeld für eine ideologische Agrarpolitik werden.

Getreu dem grünen Misstrauen gegen jeden, der eigenständig und eigenverantwortlich Entscheidungen trifft, überzieht die Regierung Kraft den ländlichen Raum ständig mit neuen Verboten, Reglementierungen und einer mittlerweile unerträglichen Bürokratie. Statt Fachleuten zu vertrauen, schafft die Landesregierung ein Dickicht

von Beiräten, Beteiligungspflichten und Klagerechten für an sich unbeteiligte Verbände. Das Misstrauen geht mittlerweile so weit, dass selbst Fachbehörden wie Veterinärämter, Bauämter oder Naturschutzbehörden vor ihren Entscheidungen zwingend die Zustimmung von sog. gesellschaftlich relevanten Gruppen abwarten müssen. Selbst Entscheidungen der durch Wahlen demokratisch legitimierten Kreistage sollen zukünftig hinter dem Votum der Naturschutzbeiräte zurückstehen.

Egal, ob es um eine Genehmigung zur Vergrämung von Kormoranen, die Erweiterung eines Stalls oder das Umpflügen und Neuansäen einer von Wildschweinen umgewühlten Wiese geht – es wimmelt nur so von Genehmigungsvorbehalten.

Nach den Gesetzen zum Weihnachtsbaumanbau, zum Verbandsklagerecht in Tierschutzangelegenheiten und zur Jagd, die jeweils „nur“ einen Teil der Menschen im ländlichen Raum betrafen, blasen SPD und Grüne für dieses Jahr mit dem Landeswassergesetz und dem Landesnaturschutzgesetz zum Generalangriff auf den gesamten ländlichen Raum.

Die CDU steht an der Seite derjenigen, die jeden Tag mit der Natur arbeiten, für uns gesunde Lebensmittel, heimisches Holz, nachwachsende Rohstoffe erzeugen und unsere Landschaft pflegen. Beim Na-



Foto: Zierhut

Einen engen Schulterschluss mit den 17 unabhängigen Verbänden des Aktionsbündnisses Ländlicher Raum fanden Armin Laschet, Christina Schulze Föcking (stv. Fraktionsvorsitzende) und Rainer Deppe (umweltpolitischer Sprecher).

Dem Aktionsbündnis gehören an: Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband, Rheinischer Landwirtschafts-Verband, Waldbauernverband NRW, Verband der Fischereigenossenschaften NRW, Grundbesitzerverband NRW, Verband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagden in

Westfalen-Lippe, Rheinischer Verband der Eigenjagdbesitzer und Jagdgenossenschaften, Landesjagdverband NRW, Fischereiverband NRW, Landesverband der Berufsjäger NRW, Rheinischer LandFrauenverband, Westfälisch-Lippischer Landfrauenverband, Landesverband Gartenbau Westfalen-Lippe, Landesverband Gartenbau Rheinland, Provinzialverband Rheinischer Obst- und Gemüsebauer, Ring der Landjugend in Westfalen-Lippe, Landesarbeitsgemeinschaft der Landjugend Nordrhein. Sie repräsentieren gemeinsam mehr als 600.000 Mitglieder. Ihr Motto: „Kein Stillstand auf dem Land!“

„ Gerade die enge Verzahnung unserer nordrhein-westfälischen Land- und Forstwirtschaft und des Gartenbaus mit Forschung, Entwicklung, Vorlieferanten, handwerklichen und industriellen Weiterverarbeitern (z.B. Lebensmittel-, Holz-, Möbelindustrie), Maschinenbau, Handel und Gastronomie ist auch für die wirtschaftliche Fortentwicklung unseres Bundeslandes von großer Bedeutung. Diese Wertschöpfungsketten wollen wir stärken, nicht schwächen. “

ARMIN LASCHET

tur- und Artenschutz setzen wir auf Vereinbarungen und verlässliche Kooperation. Was gute fachliche Praxis ist, werden wir anhand von neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und deren praktischer Umsetzbarkeit mit den Betroffenen vereinbaren. Das ist ein fundamentaler Unterschied zum rein ideologisch motivierten rot-grünen Diktat von oben herab.

Bewirtschaftbare Fläche wollen wir erhalten – und zwar in Hand der Bauern und der Waldbesitzer. Diese brauchen Vorkaufsrechte und nicht die Behörden und Naturschutzverbände. Wieder droht, dass rot-grüne Sonderwege die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes ins Hintertreffen bringen.

Gewiss ist: 2016 wird für den gesamten ländlichen Raum in NRW ein ganz entscheidendes Jahr werden. ■

Rainer Deppe Mdl



ist Sprecher der CDU im Landtagausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz. Seit 2005 gehört der staatlich geprüfte Landwirt dem Landtag jeweils als direkt gewählter Abgeordneter an. Der Overather ist seit 2007 Kreisvorsitzender der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis.



Foto: Zierhut

Kommt es in diesem Jahr wieder zu einer Großdemonstration des ländlichen Raums? Gegen das rot-grüne Landesjagdgesetz waren am 18. März 2015 bereits 15.000 Menschen friedlich vor den Landtag gezogen. Angesichts des rot-grünen Generalangriffs sind neue Massenproteste nicht ausgeschlossen.

Foto linke Seite: Shutterstock.com | Foto Rainer Deppe Mdl: CDU RBK/Esser

Gastbeitrag von Roswitha Müller-Piepenkötter

Innere Sicherheit aus Opfersicht

„Jede Person hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit“ – Opfern von Straftaten muss der Artikel 5, Absatz 1, Satz 1 der europäischen Menschenrechtskonvention manchmal wie Hohn erscheinen. Für sie ist Innere Sicherheit nicht eine Frage eines diffusen Sicherheitsgefühls, sondern harte Realität mit materiellen, körperlichen und psychischen Schäden, mit erheblichen Belastungen in zu lange dauernden Ermittlungs- und Strafverfahren und bei der zähen Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Versicherer und Staat.

Die Mitarbeiter des WEISSEN RINGS begleiten Opfer von Gewalttaten oft über viele Jahre, damit diese die Belastungen überhaupt aushalten, Ersatz für die materiellen Schäden wenigstens zum Teil verwirklichen und Therapien für körperliche und psychische Schäden durchsetzen können. So wurden, um nur zwei Beispiele zu nennen, vom WEISSEN RING nach dem Oktoberfestattentat von 1980 insgesamt 116 Menschen zum Teil bis ins Jahr 2000 begleitet, nach dem Bombenanschlag auf die Diskothek La Belle in Berlin im Jahre 1986 insgesamt 163 Opfer und Angehörige bis ins Jahr 2004 hinein. Aber nicht nur Gewalt- oder Sexualdelikte, auch Straßenraub und Wohnungseinbruch bedeuten nachhaltige Beeinträchtigungen wesentlicher Lebensbereiche – das Sicherheitsgefühl in der Wohnung geht verloren, man verbarrikadiert sich oder zieht gar um, die Benutzung von Bussen und Bahnen ist mit krankmachenden Ängsten verbunden, man sucht Umwege, meidet bestimmte Orte, schränkt sein Leben ein.

Für Opfer ist es nicht hinnehmbar, wenn die Zahlen der Einbruchsdiebstähle steigen und steigen, in Bussen und Bahnen sowie auf Märkten und Messen vor Trickdiebstahl und Handtaschenraub immer häufiger gewarnt wird und der Staat sich in bestimmten Kriminalitätsbereichen machtlos darstellt und sozusagen die Opfer selbst in die Pflicht nimmt bei der Gefahrenabwehr.

Natürlich ist Achtsamkeit und Zivilcourage gefragt, aber diese kann nur funktionieren, wenn der Staat seinerseits seine Aufgaben erfüllt. Die Gewährleistung Innerer Sicherheit ist eine der wichtigsten und täglich – nicht nur nach spektakulären Ereignissen – ernst zu nehmende Aufgabe des Staates. Sie verlangt einen Dreiklang von Prävention, Strafverfolgung und Unterstützung für Opfer. Dafür

muss der Staat die Mittel – personell und in der technischen Ausstattung von Polizei und Justiz – schaffen, damit Gefahrenabwehr auch durch Präsenz an gefährlichen Orten erfolgreich durchgeführt werden kann, Straftaten festgestellt und Täter ermittelt und auch verfolgt und Strafverfahren zügig betrieben werden können und nicht Täter wegen überlanger Verfahrensdauer wieder entlassen werden müssen und neue Straftaten begehen können. ■



Roswitha Müller-Piepenkötter



ist seit Oktober 2010 Bundesvorsitzende des WEISSEN RINGS e.V., der Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer.

Die frühere Richterin und NRW-Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte, seit 1974 CDU-Mitglied, war von 2005 bis 2010 Justizministerin des Landes Nordrhein-Westfalen.

Gastbeitrag von Axel Voss MdEP

Datenanalyse ist Lebensschutz

Die schwierige Flüchtlingssituation fordert die Mitgliedstaaten und die EU gleichermaßen. Zusammen mit der vom Islamischen Staat ausgehenden Terrorgefahr und den zurückkehrenden Kämpfern wird die Innere Sicherheit der EU einer harten Probe unterzogen, wie die Anschläge in Paris zeigen. Mehr Menschen bedeuten auch mehr Kriminalität. Den europäischen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden kommt deshalb eine Schlüsselrolle zu.



Neben der Forderung nach mehr Personal und besserer Ausstattung, die auch der technologischen Entwicklung standhält, was vorrangig durch die Mitgliedstaaten erfolgen muss, werden wir zunehmend auf Daten zurückgreifen müssen, denn Datenanalyse ist heute auch Lebensschutz. Das bedeutet eben dann nicht nur, Informationen über die nach Europa kommenden Menschen zu sammeln, sondern die Daten von auffälligen Personen auch Polizei- und Strafverfolgungsbehörden aus anderen EU-Mitgliedstaaten zugänglich zu machen und auszutauschen.

Vorrangig geht es dabei um Kommunikationsdaten, Reisedaten, Finanzdaten sowie die Erkennungsdaten bei der Registrierung, um Mehrfachidentitäten auszuschließen. Hierbei werden wir um die Vorratsdatenspeicherung, aber auch um die sog. Fluggastdaten oder die Verlängerung des TFTP-Programms

(„Terrorist Finance Tracking Programme“, Abkommen zum Austausch von Finanzdaten) mit den USA, nicht herunkommen, solange die EU kein eigenes Programm hierfür hat. Aus diesem Grund sollte das Europäische Parlament so schnell wie möglich auch die EU-Fluggastdaten-Richtlinie verabschieden und die Zusammenarbeit, polizeilich sowie nachrichtendienstlich, mit internationalen Partnern wie den USA, Kanada, Australien und Neuseeland, aber auch mit den arabischen Staaten, stärken.

Der Datenaustausch und die Zusammenarbeit auf der europäischen Ebene müssen polizeilich und staatsanwaltlich ebenso effektiv wie umfassend gestaltet werden. Die nationalen verantwortlichen Stellen brauchen auch hier einen besseren Rahmen für den Informationsaustausch. Europol und Eurojust benötigen dafür ebenso die richtigen Strukturen und die notwendige Ausstattung.

Daneben müssen unsere Strafverfolgungsbehörden ihre Kooperation mit Internetanbietern intensivieren können, um gezielt und gemeinsam den Zugang zu terroristischer oder radikalisierender Propaganda möglichst zu verhindern. Dabei müssen wir auch Wege finden, diese Provider stärker für Sicherheitsbelange in die Pflicht zu nehmen.

Das Erfassen von biometrischen Daten bei der Einreise aus Drittstaaten wird eine weitere Option sein. Dabei ist auch wichtig, dass Europol verstärkt genutzt wird und dass die nationalen und europäischen Behörden und Agenturen, wie z.B. Frontex, Zugang zu den bereits bestehenden Datenbanken für Flüchtlinge (Eurodac), des Schengener-Informationssystems (SIS) und für Visa (VIS) haben, was die linksorientierten Parteien bislang verhindert haben. ■

Axel Voss MdEP



ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Der Rechtsanwalt, der seit Oktober 2011 Bezirksvorsitzender der CDU Mittelrhein ist, ist Mitglied im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments und rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit ist dabei der Bereich Datenschutz.

12 Fragen an **Marliese Berthmann**

Marliese Berthmann wurde in Elz (Westerwald) quasi als CDU-Mitglied geboren (Vater und Großvater waren Gründungsmitglieder der CDU) – sie selber trat aber erst 1999 in die CDU ein. Nach dem Abitur studierte sie in Koblenz und Frankfurt am Main die Fächer katholische Theologie, Deutsch, Geschichte und Mathematik auf Lehramt. Bis zum Sommer 2015 unterrichtete sie an Hauptschulen in Köln-Ehrenfeld und Köln-Weiden. Ihr Beruf war für sie ein überaus wichtiges und zufriedenstellendes Standbein neben Familie (verheiratet seit 1972), Freunden und der Politik. Sie ist Vorsitzende des Kölner CDU-Ortsverbands Müngersdorf/Braunsfeld und Bezirksvertreterin des Bezirks Lindenthal. Berthmann hatte sich bei dem abscheulichen Attentat auf die damalige Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker schützend vor sie gestellt und wurde dabei selbst schwer verletzt. Für diesen Heldenmut wurde Berthmann auf dem Neujahrsempfang der NRW-CDU in Düsseldorf ausgezeichnet.

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Alle Aufgaben des Tages annehmen. Dann zu versuchen, vieles zu bewältigen und es genießen, wenn besonders das Unangenehme geschafft wurde!

Welches Lied singen Sie gerne?

Von „Großer Gott...“ bis „wenn et Trömmelche jeh...!“; also: die kölsch-katholische Bandbreite.

Was mögen Sie an der CDU?

Da gehöre ich hin, da mag ich am liebsten diskutieren! Ich schätze die Vielfalt innerhalb der Partei von dynamisch (nicht nur bei Jungen) bis verknöchert (nicht nur bei Alten).

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

Ich brauche keinen Film! Im wirklichen Leben spiele ich schöne bis wunderschöne Rollen.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Manchmal sehr spontan und dann zu emotional zu reagieren. Anschließend sind mitunter die Anstrengungen groß, etwas zu versachlichen.

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

Meistens Zeitungen. Aktuell lese ich „Das Kölner Tribunal“ von Wolfgang Lohmeyer.

Was können Sie besonders gut kochen?

Nichts. Aber ich lobe meinen Mann unentwegt, damit er weiterhin gerne für unsere Gäste und mich kocht.

Wie können Sie am Besten entspannen?

Beim Putzen (manchmal) und bei der Gartenarbeit (meistens)! Man sieht Ergebnisse und hat Erfolgserlebnisse, die während der Dienstzeit schon mal länger auf sich warten ließen.

Bei uns in NRW 01/16



Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

In Bayern! Ich liebe die Berge und die Eigenwilligkeit der meisten Bewohner.

Bei dem Attentat auf Henriette Reker am Wahlkampfstand haben Sie sich schützend vor sie gestellt und sind selber schwer verletzt worden. Hatten Sie keine Angst?

Klar hatte ich Angst – als der Täter das zweite Messer zog! Vorher hatte ich die Situation falsch eingeschätzt. Ich glaubte, Frau Reker sei niedergeschlagen worden. Da setzte der ‚Dienstreflex‘ ein: Eine Schlägerei ist zu stoppen!!! Das hatte ich immer so gemacht! Dann erst zog der Täter das zweite Messer und stach zu.

Hat sich seit dem 17. Oktober, dem Tag des Attentats, für Sie etwas verändert?

Eher nicht! Aber ich bin vergnügter und gelassener! Wir alle haben überlebt – ein Geschenk!

Auf unserem Neujahrsempfang haben Sie dazu aufgefordert, Helden im Alltag zu sein und entschieden für die Werte der CDU einzutreten. Was meinen Sie damit?

Viele empfinden es im Augenblick so, dass unser Leben empfindlich gestört ist, und wir sind irritiert bis verstört. Aber packen wir es an und seien wir wahre Helden! Held sein heißt für mich: Etwas zwingend Notwendiges mit aller Kraft und Einsatz durchzuführen, auch wenn eigener und fremder Widerstand es schier unmöglich macht. Und so wollte ich die Mitglieder meiner Partei, denen ich zutraue, dass sie immer das Wohl unseres Landes im Auge haben, auffordern: Missempfinden und Angst zu überwinden, Herausforderungen anzunehmen, Notwendigkeiten zum korrekten Handeln zu erkennen, sich Wahrheiten nicht zu verschließen und beherzt, besonnen und mit aller Kraft gemeinsam das Richtige zu tun!

12 Fragen an Steffen Kampeter

Steffen Kampeter wurde am 18. April 1963 in Minden geboren. Nach Abitur und Grundwehrdienst studierte er Volkswirtschaftslehre in Münster. Dort war der Diplom-Volkswirt anschließend als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Verkehrswissenschaft tätig und wechselte später zur Preussag. 1990 wurde Kampeter, der 1981 in CDU und Junge Union eintrat, in den Bundestag gewählt, in dem er seitdem den Wahlkreis Minden-Lübbecke vertritt. Seit 2012 ist er stellvertretender Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen und Bezirksvorsitzender der CDU Ostwestfalen-Lippe. Sein Amt als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, das er seit 2009 innehatte, gab er im Juli 2015 auf: Im Sommer wechselt der verheiratete Vater von drei Kindern in die Wirtschaft und wird Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Sein Bundestagsmandat wird er dann niederlegen.

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Was Du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen!

Welches Lied singen Sie gerne?

Ich sollte besser nicht singen...

Was mögen Sie an der CDU?

Den Familien-Zusammenhalt – dieser Tage könnte er allerdings besser sein.

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

In meiner Lebensplanung ist das nicht mehr vorgesehen...

Was ist Ihre größte Schwäche?

Meine Ungeduld.

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

Ein Notizbuch, um wichtige Ideen aufzuschreiben, und viel zeitgenössische Literatur.

Was können Sie besonders gut kochen?

Meine Gäste lieben meine mehrgängigen Menüs und eine oftmals spannende Tischkommunikation.

Wie können Sie am besten entspannen?

Bei einem guten Glas Rotwein und cooler Musik.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

Diese Frage verstehe ich nicht. :-)

Seit 1990 sitzen Sie im Deutschen Bundestag. Was war für Sie das einschneidendste Erlebnis in diesen mehr als 25 Jahren?

Da gibt es eine Aneinanderreihung von einschneidenden Erlebnissen: Sei es der Besuch in Moskau bei Gorbatschow in den 90er Jahren, die Einführung des Euros und die darauf folgende Stabilisierungspolitik. Keines dieser Erlebnisse möchte ich missen.

Ab Juli werden Sie aus der Politik in die Wirtschaft gehen. Was, glauben Sie, wird der größte Unterschied sein zu Ihrer Tätigkeit als Politiker?

Politik ist immer nur Macht auf Zeit. Auch deshalb bin ich sehr dankbar dafür, dass ich nach 25 Jahren Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag die Möglichkeit bekomme, auch außerhalb der Politik Dinge bewegen zu können. Ich freue mich sehr auf meine neue Aufgabe.

Welche Schlagzeile würden Sie am Ende Ihres Berufslebens gerne über sich lesen?

Er hat seinem Land gedient.



Augen zu und durch – wie sich die SPD der Realität verweigert

Aus der Sozialpsychologie kennen wir das Phänomen der kognitiven Dissonanz. Sie beschreibt einen als unangenehm empfundenen Gefühlszustand, der dadurch entsteht, dass Wunschwahrnehmung und Realität nicht miteinander vereinbar sind. Oft versuchen Menschen, diese Dissonanz aufzulösen – meistens dadurch, dass sie sich Ausreden zurecht legen.

So in etwa scheint es der NRW-SPD in diesen Tagen zu gehen, wird sie doch von ihren Fehlern der letzten Monate eingeholt. Immer deutlicher wird: Die SPD ist müde, und die engsten Gefolgsleute der Ministerpräsidentin werden immer mehr zur Belastung, anstatt eine Stütze zu sein.

Politische Erfolge kann die SPD schon seit Monaten keine mehr vorweisen. Nirgendwo sind so viele Rektorenstellen unbesetzt wie in Nordrhein-Westfalen, nirgendwo ist die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen so miserabel, nirgendwo hinkt die Wirtschaftskraft so dem Bundestrend hinterher. Und auch das Prestige-Projekt der Ministerpräsidentin – das Programm „Kein Kind zurücklassen“ – greift nicht und entpuppt sich immer mehr als das, was die CDU seit Beginn vermutete: eine Fassade, um ungehindert Schulden zu machen.

Bisher aber konnte das System Kraft auf dem Image der Ministerpräsidentin aufbauen: Nahbar, freundlich, bodenständig – eine, die sich kümmert. Doch nun gerät auch dieses Pfund (oder ist es all die Zeit nur eine Fassade gewesen?) ins Wanken.

Schon im Sommer 2014 konnte man erahnen, dass sie sich sehr mühen muss: Während ihr Bundesland von den schlimmsten Unwettern in über 70 Jahren heimgesucht wird und in Münster Menschen sterben, weil sie im Urlaub auf der Mecklenburgischen Seenplatte. Sie hält es nicht für

nötig, zurückzukommen, ihr Beileid auszudrücken, sich zu informieren. Als sie sich später dafür rechtfertigen muss, will sie im „Funkloch“ gesteckt haben. Eine Woche lang. Schnell wird klar: Das stimmt nicht. Sie muss einräumen, dass sie informiert wurde, meint aber, dass sie mangels fehlender Fernsehbilder auf ihrem Hausboot keine Vorstellung vom Ausmaß der Katastrophe hatte. Schnell wird klar: Auch das stimmt nicht. Sie wollte oder konnte nicht zurückkommen, wollte oder konnte sich nicht kümmern.



Ähnliches geschieht nach der Silvesternacht: Während sich in Köln das schlimmste Versagen einer Polizeiführung in Jahren abspielt, weil Frau Kraft im Winterurlaub. Wann sie über die Ereignisse informiert wurde ist weiterhin unklar, auf jeden Fall hält sie es tagelang nicht für notwendig, das Wort zu ergreifen. Am 5. Januar gibt sie dem Kölner Stadtanzeiger ein Statement – schriftlich! Für Frau Kraft scheint die Sache zunächst erledigt. Selbst die Bundeskanzlerin ist zu diesem Zeitpunkt bereits vor die Kameras getreten, hat den betroffenen Frauen ihr Bedauern ausgesprochen, Aufklärung gefordert, Führung bewiesen. Frau Kraft tut dies nicht.

Was hätte man von ihr erwarten können? Ermittlungsergebnisse? Natürlich nicht. Aber hätte sie, gerade als Frau, sich nicht an die Seite der Opfer stellen müssen? Hätte sie nicht Aufklärung versprechen, ihren mehr als unglücklich agierenden Innenminister dazu antreiben müssen? Und wäre es nicht auch ihre Aufgabe gewesen, zu Sachlichkeit und Differenzierung in der aufgeheizten Debatte aufzurufen? All dies überlässt sie anderen. Der Opposition, den Medien. Erst als der Druck zu groß wird – es ist mittlerweile der 11. Januar – traut sie sich an die Öffentlichkeit. Nicht in einer Pressekonferenz, nicht im Parlament, sondern in einer Talkshow. Ausgerechnet. Nur drei Wochen später wird sie erklären, dass diese für den politischen Diskurs



ungeeignet sind. Im Landtag versucht sie sich zu rechtfertigen. Sie habe sich, so ihr Argument, nicht an Spekulationen beteiligen wollen. Eine schwache Aussage. Was aber deutlich wird: Selbst eine so brisante Situation vermag die Ministerpräsidentin nicht aus ihrer Lethargie zu reißen.

Wie gelähmt schaut sie ihrem Innenminister Jäger dabei zu, wie er nach dem immer gleichen Prinzip erst Vorfälle schönredet, um dann in hauchdünnen Scheibchen Ergebnisse zu präsentieren – offenbar in der Hoffnung, dass niemand sein Lavieren bemerkt. Als im Herbst 2014 in Burbach Flüchtlinge misshandelt wurden, war der Arnsberger Regierungspräsident verantwortlich, als im Herbst 2014 Hooligans mit Rechtsradikalen unter den Namen „HoGeSa“ durch die Kölner Innenstadt marodierten, sich Straßenkämpfe mit der Polizei lieferten, Einsatzfahrzeuge umkippten und Passanten anpöbelten, sprach er von einem gelungenen Polizeieinsatz. Konsequenzen hatte dieser Vorfall nicht – schließlich sei man von der Situation überrascht worden. Niemand habe voraussehen können, dass Hooligans und Rechtsradikale zur Gewaltbereitschaft neigen. Nun, nach der Kölner Silvesternacht, versetzte er den Kölner Polizeipräsidenten Wolfgang Albers in den einstweiligen Ruhestand. Wahrscheinlich zu recht, zu oft hatte Albers nun bewiesen, dass er kein Gespür für die Innere Sicherheit in Köln hat. Jäger selbst sieht sich nicht in der Verantwortung. Sein Verantwortungsbereich liegt eher da, wo man bunte Bilder machen kann. Zum Beispiel beim „Blitzermarathon“, einer 30.000 Polizeistunden verschlingenden PR-Aktion, die nur der Image-Verbesserung des Ministers dient, statt der Verkehrssicherheit.



Den Vorwurf, man höre von ihr nichts, will die Ministerpräsidentin aber offenbar nicht ohne weiteres auf sich sitzen lassen. Und so traut sie sich zum Interview der Woche im Deutschlandfunk. Ob die Entscheidung der in Rheinland-Pfalz um ihr Amt kämpfenden Kollegin Malu Dreyer, an keinem TV-Duell mit der AfD teilzunehmen, richtig sei, will der Moderator wissen. Kraft, wohl darum bemüht, der nach ihren Äußerungen inmitten eines Scherbenhaufen sitzenden Dreyer den Rücken zu stärken, antwortet, dass auch sie in keine Talkshow mit der AfD gehen würde. Im nordrhein-westfälischen Landtag präzisiert sie: Sie wolle die AfD mit ihrer Präsenz nicht aufwerten und im Übrigen

seien Talkshows kein geeignetes Format zu politischen Auseinandersetzungen.

Ach ja? Um ihre Sicht auf die Ereignisse von Köln zu schildern, schien es ihr das einzig Angemessene. Eine Erklärung vor der Landespressekonferenz schien ihr dazu jedenfalls nicht infrage zu kommen. Auch keine Regierungserklärung oder Fernsehansprache.

Dass auch Frau Kraft die Positionen und Rhetorik der AfD ablehnt, darf man ihr getrost glauben. Alle Demokraten dürften hier ähnlich denken. Besorgniserregend ist aber, dass Frau Kraft nicht zu erkennen scheint, welche Gefahr von dieser Partei ausgeht. Mittlerweile liegt die AfD in Umfragen bei zehn Prozent. Aber Frau Kraft hält es nicht für nötig, sie im Diskurs zu stellen. Lieber schaut sie weg, hört sie weg, wohl hoffend, dass das Problem von allein verschwindet.

Wie nervös die SPD mittlerweile ist, zeigt sich Ende Januar in einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde im nordrhein-westfälischen Landtag zum Umgang der Landesregierung mit Rechtspopulisten. Norbert Römer, SPD-Fraktionsvorsitzender und traditionell im argumentativen Schlagabtausch eher schwach auf der Brust, weiß sich nicht anders zu helfen und holt zum Schlag unter die Gürtellinie aus: Die CDU-Fraktion sei „längst mit dem rechtspopulistischen Virus der AfD infiziert“, poltert er. Die verunglimpfte Fraktion verlässt daraufhin den Saal. Ungläubiges Staunen auf den Gäste- und Presstribünen. Hat er das wirklich gesagt? So richtig will das zunächst keiner glauben. Aber doch. Zu einer Entschuldigung kann Römer sich nicht durchringen. Mit Schaum vor dem Mund verbittet er sich stattdessen „Nachhilfe“ im Umgang mit Rechtspopulisten. Seit über 150 Jahren trage die „stolze SPD“ dieses Erbe. Schade nur, dass er – wie auch seine Parteikollegen im Essener Norden, die mit AfD-Parolen und Fackelzügen Stimmung gegen ein Flüchtlingsheim machen wollten – diesem nicht gerecht wird.

Das Bild verdichtet sich: Was klingt wie ein etwas dünner Kampagnenspruch, wird für die Ministerpräsidentin zum bitteren Ernst: Frau Kraft geht die Kraft aus. „Nie, nie“ wollte sie Kanzlerin werden und verabschiedete sich damit in die bundespolitische Bedeutungslosigkeit. Sie schweigt bei Naturkatastrophen, beim Versagen ihrer Minister, bei Entgleisungen ihres Fraktionsvorsitzenden und nun auch gegenüber Rechtspopulisten. Ob sie das selber merkt? Wahrscheinlich nicht. Das liegt im Wesen einer kognitiven Dissonanz. Dafür sehen es alle anderen – hier die Wähler – aber zumeist umso deutlicher.

von Isabelle Fischer



Foto im Hintergrund: Andrea Damm/pixelio.de, Foto in Lupe: Chaperon, Lupe: Shutterstock

Löttgens Lupe

küm|mern, *schwaches Verb*, sich einer Sache annehmen; sich helfend, sorgend um etwas bemühen; einer Sache Aufmerksamkeit schenken; sich mit etwas befassen.

Die Ministerpräsidentin unseres Landes hört es gerne, wenn sie „Kümmerin“ genannt wird. Bei ihr ist die Person das Programm, sie verkauft mit „hömma“, „datt“ und „watt“ lieber ihre vermeintliche Bodenständigkeit statt Botschaften, ihr ist Menschendes wichtiger als ein Masterplan für Nordrhein-Westfalen.

Spätestens seit den Exzessen marodierender Nordafrikaner in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof ist ihr depolitisierendes Konzept in sich selbst zusammengestürzt. Ganze elf Tage lang, in denen halb Europa über den Kölner Mob debattierte, tauchte die Landesmutter einfach ab. Sie hat sich um nichts und niemanden gekümmert, obwohl bereits jetzt feststeht, dass Innenminister Jäger sie am 4. Januar um 13:41 Uhr telefonisch über die Ereignisse informierte. Nach tagelanger heftiger Kritik versetzt der Innenminister den Kölner Polizeipräsidenten am 8. Januar in den Ruhestand. Erst am Abend des 11. Januar nimmt Frau Kraft Stellung. Aber es ist kein Besuch in Köln und keine Pressekonzferenz, sondern einen Fernsehauftritt. Sie zeigt Betroffenheit, vermeidet aber eine Entschuldigung bei den Opfern. „Betroffenheit ersetzt keine Verantwortung!“ ruft ihr CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzender Armin Laschet in der von CDU und FDP erzwungenen Sondersitzung des Landtages am 14. Januar zu. Aber bislang lehnen sowohl Innenminister Jäger, als auch Frau Kraft die Übernahme politischer Verantwortung für die Exzesse in Köln ab. Schuld sind für beide „massive Fehler vor Ort“. Wichtiger aber: schuld sind andere, sie selbst sehen für sich keine Verantwortung.

Die Ministerpräsidentin und ihre Landesregierung sind in **▷ Angststarre** gefallen. Ein Zustand, mit dem man üblicherweise ein Lebewesen beschreibt, das in einer Stresssituation weder fliehen noch kämpfen kann. Dieser Verhaltensreflex soll in Gefahrensituationen das Überleben sichern. Eine bessere Beschreibung des Ist-Zustands der rot-grünen Landesregierung habe ich nicht gefunden: Ausschließlich darauf fokussiert, das eigene politische Überleben zu sichern. Weit davon entfernt, sich um die immer deutlicher zutage tretenden, durch den Stillstand mit verursachten erheblichen Probleme unseres Landes zu kümmern. Die vor einem Jahr groß angekündigte Digitalisierungsoffensive: ein Rohrkrepieler. Die Umsetzung der Inklusion: trotz Warnungen mit Volldampf gegen die Wand. Bekämpfung des Unterrichtsausfalls: Fehlanzeige. Der wichtige Landesentwicklungsplan dümpelt nach massiver Kritik von Kommunen und Wirtschaft vor sich hin, die Brücken bröckeln weiter, die Schlaglöcher werden größer, die Staus länger. Schlaglichter auf eine rot-grüne Landesregierung in Agonie. Unser Land verkümmert, weil die Regierung sich nicht mehr kümmert. ■



SCHWARZ AUF WEISS

HANNELORE KRAFT IM SPIEGEL DER PRESSE

Landesmutter a.D.

Eine Vision davon, wofür das Land in der Zukunft stehen soll, hat Kraft in sechs Jahren nicht entwickelt. Ein Regierungskurs ist kaum zu erkennen, niemand weiß, mit welchem Programm sie im Mai 2017 wiedergewählt werden will. [...] Durch den Verzicht auf jegliche bundespolitischen Ambitionen hat Kraft zugleich viel bundespolitischen Einfluss eingebüßt. Nie zuvor hat sich ein Regierungschef des bevölkerungsreichsten Bundeslands so klein gemacht.“

Cicero, 26. Januar 2016

Die Bekümmerte

Auf Menschen, die Hannelore Kraft in den vergangenen Monaten begegneten, hat sie oft einen seltsamen Eindruck gemacht. Dünnhäutig sei sie gewesen. Wütend fast, und müde. „Ich brauch das alles nicht“, ist so ein Satz, den einige gehört haben. Das ging schon ein paar Monate so, für alle sichtbar wurde es nach den Ereignissen der Silvesternacht von Köln. Zehn Tage brauchte Kraft für einen öffentlichen Auftritt.

Süddeutsche Zeitung, 12. Februar 2016

Des Kümmerns müde

Gut ein Jahr vor der Wahl ist die Bilanz des Kabinetts Kraft ernüchternd. Statt das Land in die Zukunft zu führen, attestieren Wirtschaftsforscher eine schleichende Deindustrialisierung.

Der Spiegel, 13. Januar 2016

Das Konzept von Hannelore Kraft gerät ins Wanken

Beobachter registrieren schon länger dass Kraft auf Kritik zunehmend dünnhäutig reagiert. Für Ratschläge sei sie kaum noch empfänglich. Mit Berlin und der Bundespolitik will sie möglichst wenig zu tun haben, in Düsseldorf macht sie sich aber ebenfalls rar. Sie wirkt zuweilen erschöpft und genervt. Gereizte Auftritte im halböffentlichen Raum häufen sich. Die Opposition hält hinter vorgehaltener Hand bereits Urlaubs- und Krankheitstage der Ministerpräsidentin nach. Ist das alles nur die normale Waagenburg-Mentalität, die Regierende nach längerer Amtszeit häufiger schon mal befällt?

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 16. Januar 2016

Will Rot-Grün die Kennzeichnungspflicht für Polizisten?



Neu entbrannt ist die Debatte um den besseren Schutz von Polizistinnen und Polizisten. Anlass sind Informationen der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), dass SPD und Grüne einen Gesetzesentwurf vorbereiten, der eine individualisierte, anonymisierte Kennzeichnung der Polizei vorschreibt. Dieses Vorhaben ist Bestandteil des rot-grünen Koalitionsvertrags.

Seltsam daran: Die vom Hauptpersonalrat der Polizei angerufene Einigungsstelle des Innenministeriums hatte sich erst im November 2015 gegen die geplante individuelle, Kennzeichnung für Angehörige von Einsatzhundertschaften ausgesprochen. Die Einigungsstelle wird dann angerufen, wenn sich der Personalrat und Innenminister Jäger in Sachfragen uneinig sind.

Will Rot-Grün die Kennzeichnungspflicht nun auf dem Gesetzesweg durchboxen?

Zuletzt Anfang Februar war es zu einem überfallartigen Angriff von „Problemfans“ des FC Schalke 04 am Gelsenkirchener Hauptbahnhof gekommen – ein Einsatz, der zeigt, dass Polizisten nicht die Täter sind. „Statt die Beamten zu stärken, sollen sie mit einer individuellen Kennzeichnung unter Generalverdacht gestellt werden“, kritisierte Arnold Plickert, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Nordrhein-Westfalen.

Während Rot-Grün die Einsatzkräfte im Stich lässt, fordern wir eine bessere Ausstattung, mehr Respekt, mehr Anerkennung und mehr Sicherheit für unsere Polizei.

Sie möchten mehr über die Widersprüche im rot-grünen Regierungshandeln erfahren? Beispiele gibt es genug.

Mit dem Blog „Faktencheck NRW“ schauen wir der rot-grünen Landesregierung auf die Finger schauen und nehmen die Aussagen ihrer Protagonisten unter die Lupe.

WWW.FAKTENCHECK-NRW.DE

Welche Aussagen der Regierung sollen wir für Sie überprüfen? Schicken Sie uns einfach eine E-Mail an info@faktencheck-nrw.de.